

Nr. 8 – 2018/1

EINDRUCK

das Magazin für Politik
von Bündnis C

In dieser Ausgabe

Sallux ECPM Foundation

Konföderales Europa

Politische Weisheit

Zum Koalitionsvertrag
von CDU, CSU und SPD



*mitglieder
gewinnen!*

Auf dem Weg zur Europawahl

bündnis
Christen für Deutschland



www.buendnis-c.de



EINDRUCK

das Magazin für Politik von Bündnis C

Nr. 8 – 2018/1

Inhalt

Editorial	4
Sallux ECPM Foundation auf dem MEHRforum in Augsburg	6
Auf dem Weg zur Europawahl 2019	8
Konföderales Europa: Starke Nationen – Starke Einheit	9
Deutschland, Deutschland – höre das Wort des Herrn!	13
Buchrezension zu Vladimir Palko „Die Löwen kommen“	14
Aus den Landesverbänden	16
Mitglieder gewinnen	19
Politische Weisheit	20
Zum Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD	24
Stellenausschreibung Bundesgeschäftsstelle	28
Formular zum Anfordern von Infomaterial	29
Schlusswort	30
Impressum	Rücks.



Wir grüßen Sie
herzlich!

Ihr
Bundestag
Bündnis C

(Nicht auf dem Foto: Johann Sliwa,
Ute Büschkens-Schmidt, Hermann
Bohnenkamp, Friedemann Hetz)

Liebe Mitglieder und Interessenten, sehr geehrte Damen und Herren,

was sind die Ziele von Bündnis C?

Diese Frage wird uns immer wieder gestellt, und die Antwort ist insofern klar, dass wir natürlich die Politik in Deutschland und Europa von unseren jüdisch-christlichen Grundlagen her beeinflussen und zum Besseren für die Menschen wenden wollen.

Dafür gab und gibt es im Wesentlichen zwei Barrieren:

- Deutschland und Europa haben eine Säkularisierung durchlaufen, in deren Folge eine Politik aus biblischem Verständnis nur einer kleinen Minderheit der Bevölkerung begehrenswert erscheint.
- Die etablierten Parteien haben die Säkularisierung mit ihrer aus verschiedenen Ideologien gespeisten Politik maßgeblich vorangetrieben und schützen sich und diese Politik mit einer 5%-Hürde für Wahlen und einer Parteienfinanzierung, die kleine und neue Parteien niederhält.

Wie können wir unter diesen strukturellen Bedingungen unser Ziel erreichen, in Parlamente einzuziehen, wenn wir weder bei den Wählern Mehrheiten erwarten können, noch die personelle und finanzielle Ausstattung haben, um mit den etablierten Parteien in Konkurrenz zu treten?

Ich möchte hier eine Leiterin in der Jugendarbeit der Charismatischen Erneuerung der Katholischen Kirche unter der Überschrift „Erweckungsträger“ zitieren:

„Was wäre, wenn diese Stadt in ein paar Jahren ganz anders aussieht als jetzt? [...]

Wenn Familien wieder heil würden. [...] Wenn Menschen wieder gerne zur Arbeit gehen. Wenn neue, geniale Geschäftskonzepte entwickelt werden. Wenn verrückte Künstler SEINE HERRLICHKEIT SICHTBAR

machen. Wenn Nachrichten- und Mediendienste von Wahrheit erfüllt werden. Wenn Schulen Orte sind, an denen Kinder in einem sicheren Rahmen wachsen dürfen. Wenn der Name Jesus Christus über alles geliebt wird. [...]

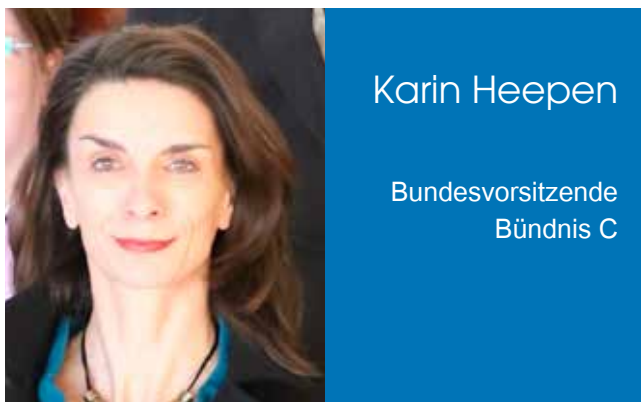
Manches davon passiert schon. Ich wünsche mir, dass das das neue Normal wird. Dass Gottes Reich kommt und dass seine Gegenwart alle Bereiche unserer Gesellschaft durchdringt. [...]

Was würdest Du anders machen als du es jetzt machst, wenn du dir sicher wärst, dass er eine wunderschöne Geschichte mit unserem Land schreibt und du dabei sein darfst?“¹

Es ist zuerst eine Glaubensentscheidung, sich für ein Werk wie unsere Partei zu engagieren, die im aktuell Sichtbaren keinen Erfolg zu erzielen scheint. Aber diese nächste Generation glaubt an viel mehr, als dass die Kirche ihr Überleben sichern muss, indem sie hoffentlich auch im säkularisierten Europa noch ein paar Seelen hinzugewinnt. Auf der MEHR Konferenz Anfang Januar in Augsburg wurde ein Mission Manifest² verabschiedet, das die aktive Verbreitung des Evangeliums zur ersten Priorität der Kirche macht. So etwas wäre nicht möglich, wenn dahinter nicht der Glaube wäre, dass Gott Sein Reich hier in dieser Zeit mitten unter uns bauen will.

Möchten Sie dabei sein, dieser Vision der nächsten Generation Gestalt zu verleihen und die Grundlagen für eine Politik zu legen, in der das Reich Gottes sichtbar wird?

Wir rechnen dabei mit übernatürlichem Eingreifen, aber das Wirken Gottes braucht unser Beten und Arbeiten für Sein Werk. Auf dem **MEHRforum in Augsburg** präsentierten wir an einem Stand der Sallux ECPM Foundation, unserer politischen Stiftung der European Christian Political Movement, einem interessierten Publikum unsere Themen zur Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und Europapolitik. Den Bericht dazu finden Sie in diesem Heft, ebenso die **Zusammenfassung unseres Konzepts eines Konföderalen Europa**.



¹ Auszug von Miriam Swientek, „Erweckungsträger“, CE-INFO Ausgabe 1/2018 (Maihingen: CE Deutschland, 2018), S.7.

² <https://www.missionmanifest.online/>

Noch ist nicht absehbar, welche Umbrüche wir in diesem Jahr und bis zur Europawahl erleben werden. Aber wir müssen damit rechnen, dass die neue große Koalition mit ihrer verschärften „weiter so“ Politik keine vier Jahre regiert. Das gilt vor allem im Blick auf die weitere Umverteilungspolitik, die das staatliche Sozialsystem aufbläht und die Wirtschaft überlastet. Und dass wir mit einer unverantwortlichen Schuldenlast, die wir unseren Kindern hinterlassen, auf deren Kosten unseren bisherigen Lebensstil bewahren und weiterführen. Der Dow Jones Kurssturz ohne jeden Anlass am vorletzten Tag der Koalitionsverhandlungen schien wie ein warnendes Grollen am Horizont. Eine **Kurzanalyse zum Koalitionsvertrag** finden Sie auf den hinteren Seiten im Heft.

Politische Weisheit denkt vorausschauend, nicht nur für die aktuelle Wahlperiode. Lesen Sie dazu einen Artikel von Andreas Wolff, wie wir **politische Weisheit als Christen** entwickeln und warum unser Land diese Weisheit braucht.

Man kann es in einem Bild ausdrücken: Wenn das Schiff der „weiter so“ Politik in einer nächsten Finanz- oder Wirtschaftskrise kentert, haben wir mit zukunftsfähigen politischen Lösungen hoffentlich die Rettungsboote gebaut und sind aufgestellt, um damit Alternativen anzubieten.

Mehrere Landesverbände haben dafür bei ihren Landesparteitagen in den letzten Monaten die strukturellen Voraussetzungen geschaffen, neue Vorstände gewählt, Aktionspläne erstellt und Veranstaltungen durchgeführt. **Hessen und Bayern bereiten sich auf die Landtagswahlen in diesem Jahr vor.** Lassen Sie sich von den Berichten darüber inspirieren und machen Sie mit. Es werden überall aktive Mitstreiter gebraucht. Wir haben einige Ideen für die Mitgliedergewinnung zusammengestellt und arbeiten an werbewirksamen Verteilmaterialien dafür.

Unser Ziel ist es, in diesem Jahr 500 neue Mitglieder zu gewinnen. Sind Sie dabei?

Herzlichen Dank für Ihr Mitwirken in Bündnis C!

Mit den besten Wünschen für diese Osterzeit

Karin Heepen

Abonnieren Sie unseren kostenlosen

Bündnis C E-Mail Newsletter

newsletter.buendnis-c.de



Jetzt anmelden!

Sallux ECPM Foundation auf dem MEHRforum in Augsburg

Vom 1. bis 4. Januar 2018 präsentierte sich die Sallux ECPM Foundation auf der MEHR Konferenz in Augsburg. Einige Mitglieder von Bündnis C – Christen für Deutschland (Mitgliedspartei der ECPM) repräsentierten die politische Stiftung der ECPM zusammen mit der Jugendorganisation ECPYouth. Das Team stellte auf der Bühne am Stand ein Programm über Europa, Christen und Politik und die Aktivitäten von Sallux und der ECPM in Europa und im Nahen Osten vor.

Die MEHR Konferenz ist mittlerweile eine der wichtigsten Konferenzen für junge Christen aus ganz Europa. Etwa 11 000 Teilnehmer starteten in das neue Jahr mit Anbetung, trafen Entscheidungen für ihr Leben und vernetzten sich untereinander quer durch alle Kirchen, Denominationen und verschiedenste christliche Organisationen auf dem MEHRforum.

Karin Heepen (Vorsitzende Bündnis C) eröffnete das Programm am Sallux Stand mit der Vision **Robert Schumans, des Gründervaters Europas**, die die verfeindeten europäischen Nationen nach dem Zweiten Weltkrieg im christlichen Geist von Gleichheit, Brüderlichkeit und Solidarität versöhnen sollte und die ihren



Karin Heepen und Andreas Wolff am Sallux Stand

Anfang im Schuman-Plan der Montanunion fand. An diese christlich fundierte Vision für das Neue Europa anknüpfend, erläuterte sie das **Programm der ECPM für ein Konföderales Europa** und einen beziehungsorientierten Plan, wie starke Nationen eine starke Einheit bilden können. Im darauffolgenden Vortrag stellte sie dieses beziehungsorientierte Denken (Relational Thinking) als grundlegenden Ansatz für die Entwicklung biblisch fundierter Lösungen für die krisenhaften Entwicklungen in der Politik, der Wirtschaft, Finanzen, Sozialsystemen und anderen Felder der europäischen Gesellschaften vor.

Andreas Wolff (Stellvertretender Vorsitzender Bündnis C) stellte in seinem Vortrag die Frage, was politische Weisheit heißt für **Christen in der Politik** und wie wir miteinander und in der Auseinandersetzung mit anderen Politikern agieren können. **Floris Wagenaar (Generalsekretär der ECPYouth)** präsentierte dem vorwiegend jungen Publikum die **Ziele und Aktivitäten der Jugendorganisation der ECPM** und knüpfte zu Interessenten Kontakte, die die Arbeit der ECPYouth ansprach.



Floris Wagenaar und Andreas Wolff

Von großem Interesse war für das Publikum ein Bericht von Karin Heepen über die **Unterstützung der ECPM und der Sallux Foundation für die Demokratische Selbstadministration (DSA) in Nordsyrien**, die Siege der Syrisch-Demokratischen Streitkräfte (SDF) über den IS in dieser Region und die Fürsprache von Sallux für die christlichen und anderen Minderheiten im Nordirak bei der EU, um eine Schutzzone für diese einheimischen religiösen und ethnischen Minderheiten in ihrem angestammten Gebiet der Ninive-Ebene zu errichten.

Einer der Gast sprecher war **Harald Eckert, Leiter von „Christen an der Seite Israels“** und früherer Vorsitzender der European Coalition for Israel (ECI). Er arbeitete aus biblischer Perspektive die Berufung Israels für die Heilung der Völker (Offb 22,2) heraus und die **Herausforderung für Europa, Israel als auserwählte Nation anzuerkennen** und an seiner Seite zu stehen gegen Antizionismus und politische Isolation.

Den abschließenden Höhepunkt präsentierte **Vishal Mangalwadi, führender christlicher Philosoph in Indien und einer der Hauptsprecher der Konferenz**. In seinem Vortrag am Sallux Stand über die „**EU morgen – Europäische Reiche, Nationen und das Reich Gottes**“ entwickelte er eine breite Sicht des biblischen Konzepts von Nationen und die Geschichte hindurch gescheiterten Großreichen. Daran anknüpfend hob er die Bedeutung der europäischen Nationen hervor und eine angemessene Rolle der EU für die Zukunft. Er lieferte damit eine biblische Grundlage für das ECPM-Programm eines Konföderalen Europa und die Rolle starker Nationen für die Bildung einer starken europäischen Einheit.

Es wurden verschiedene Publikationen am Stand zum Kauf angeboten neben zahlreichen Info-Materialien über die Aktivitäten von Sallux, der ECPM und der ECPYouth und zu den Themen, die mit assoziierten Forschungsgruppen zusammen erarbeitet werden.

Das MEHRforum war eine großartige Möglichkeit, diese Themen einem interessierten Publikum bekannt zu machen, neue Kontakte zu knüpfen zu Einzelnen und zu Organisationen und Interesse zu wecken an christlich fundierten politischen Lösungen, die über die bisherigen Antworten auf die Krisen Europas hinausgehen.



Vishal Mangalwadi

Wir danken der Sallux ECPM Foundation für ihre Präsenz auf der MEHR Konferenz und für die Möglichkeit, als Mitgliedspartei der ECPM unser europäisches Netzwerk zu repräsentieren.

Von den Vorträgen am Sallux Stand wurden Video-Aufnahmen gemacht, die unter diesem Link online gestellt werden: [video.buendnis-c.de](https://www.youtube.com/watch?v=video.buendnis-c.de)



Buchempfehlung:

Jeff Fountain, Als das neue Europa begann.
Robert Schuman Visionär einer Zeitenwende
(Solingen: Verlag Gottfried Bernhard, 2015)
ISBN 9783941714373

Auf dem Weg zur Europawahl 2019

Die Kooperation mit der Sallux ECPM Foundation in Augsburg war unser Auftakt in Richtung Europawahl. Die Strategie dafür für dieses Jahr hat der Bundesvorstand mit Johannes de Jong, Direktor der Sallux ECPM Foundation, und den Landesvorsitzenden Anfang März auf einer gemeinsamen Sitzung zusammen erarbeitet und so aufgestellt:

1. Die Botschaft

Was wollen wir den Menschen in Deutschland mit unserem Wahlprogramm für Europa anbieten? Welche Themen bewegen unsere Mitbürger im Blick auf Europa und was sind unsere Antworten darauf?

Der Bundesvorstand erarbeitet zuerst ein Kurzprogramm mit unseren Themen für die Europawahl. Den Hintergrund dafür liefert ein EU Visions Dokument der ECPM, das wir für die Perspektive unseres Landes verarbeiten.

Die Themen des Kurzprogramms werden dann von Fachleuten des jeweiligen Politikfeldes ausgearbeitet und in einem internen Forum von Bündnis C diskutiert. Anfang Juni 2018 soll der Gesamtentwurf des Programms stehen.

2. Interne Aneignung

Wir organisieren im Juni 2018 einen Wochenend-Workshop, auf dem wir den Programmentwurf erklären und zur Diskussion stellen. Dazu laden wir Multiplikatoren der Landesverbände und Untergliederungen ein (Termin wird rechtzeitig bekanntgegeben). Im Ergebnis dieses Workshops wird die Endfassung des Europawahlprogramms erstellt und im September 2018 dem Bundesparteitag zum Beschluss vorgelegt.

3. Verbreitung

Wenn das Kurzprogramm steht, beginnt die Herstellung eines Flyers mit den Kernpunkten des Programms, der in den Untergliederungen bei allen Aktivitäten dieses Jahres verteilt werden kann. Die Hauptmedien für die Verbreitung unseres Programms sind unsere Website und die Facebook-Seiten von Bündnis C, andere soziale Medien, Blog, Newsletter und EINDRUCK-Heft. Die Website wird dafür in den kommenden Wochen neu aufgesetzt und wir planen einen Imagefilm für Bündnis C. Wir stellen außerdem eine Powerpoint-Präsentation mit den Kernpunkten



Bund-Länder-Kommission v.l.u.: Hartmut Voß, Karin Heepen, Ute Büschkens-Schmidt, Jürgen Graalfs, Verena Thümmel, Hermann Bohnenkamp, Friedemann Hetz, Wolfgang Peuckert, Tobias Berger, Andreas Wolff, Johann Sliwa, Thomas Wiethe

des Europawahlprogramms zur Verfügung, die bei Veranstaltungen der Untergliederungen vor Ort eingesetzt werden kann.

4. Die Botschafter

Auf dem Bundesparteitag im September wählen wir die Liste mit unseren Kandidaten für die Europawahl. Dafür brauchen wir Botschafter unseres Programms für Europa, die es kurz, klar und deutlich, kräftig und pointiert erklären und vermitteln können. Unser Ziel ist es, mindestens ein Mandat im Europaparlament zu gewinnen, um die Abgeordneten der ECPM zu verstärken.

5. Der Wahlkampf

Wenn die Liste gewählt und das Wahlprogramm beschlossen ist, beginnt die Sammlung der 4000 nötigen Unterstützerunterschriften im Bundesgebiet. Auf dem Bundesparteitag im September wird die Wahlkampfstrategie ab Anfang 2019 beraten.

Konföderales Europa

Starke Nationen – Starke Einheit

Für Europa haben Vordenker der European Christian Political Movement (ECPM) ein EU Visions-Dokument erarbeitet für die verschiedenen Politikfelder. Daraus werden wir unser Europawahlprogramm erstellen und damit innovative Politikansätze nach Deutschland bringen. Vorab veröffentlichen wir hier eine deutsche Zusammenfassung unseres Konzepts eines Konföderalen Europa.

Ein beziehungsorientierter Wirtschaftsplan

Konföderales Europa: Starke Nationen – Starke Einheit

Zusammenfassung

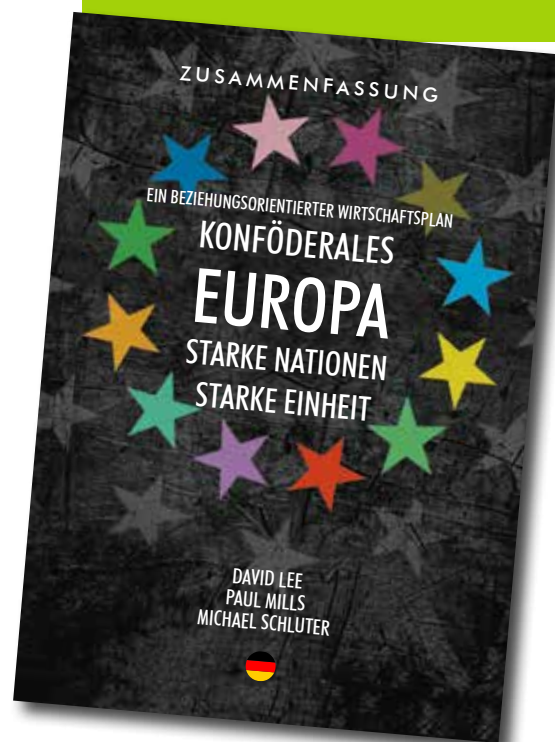
Von David Lee, Paul Mills und Michael Schluter

Die Europäische Union wie sie ist

Europa steht an einem Wendepunkt.

Der lange Zug in Richtung politischer Vereinigung wurde von der großen Zahl meist wohlhabenderer Europäer verfochten, die an der Globalisierung und am Binnenmarkt am meisten verdient haben. Aber der anhaltende ökonomische Abschwung seit 2008, verschlimmert durch die kaum werthaltigen Schulden vieler Nationen, hat ein Umschlagen in Unzufriedenheit offengelegt und ihr Stimme verliehen. Heute ist die Wählerschaft in vielen großen EU-Nationen gespalten und nicht immer entlang der Parteigrenzen. Es ist keine Phantasterei mehr, dass die knapp ausgefallene Entscheidung Großbritanniens, die EU zu verlassen, Austrittsvoten von Italien, Frankreich, den Niederlanden und Griechenland nach sich ziehen könnte.

Man könnte argumentieren, dass die jüngsten wirtschaftlichen Probleme einfach Pech waren und dass es der beste Weg nach vorne sei, den Einigungsprozess zu intensivieren – einschließlich der politischen und fiskalischen Zentralisierung, ohne die es schwierig ist, eine einzige Währung auch nur für einen Teil der EU aufrecht zu erhalten. Aber dieser Vorschlag ist zu bequem und einfach. Der Ruf nach einer „immer engeren Union“, zuerst angeführt von den Verfassern der Römischen Verträge, setzt eine willentliche Annäherung zwischen den Völkern voraus, nicht nur ein



Zusammenschweißen von politischen und Finanzstrukturen, innerhalb derer sie leben. Das ist nicht dasselbe. Das erste kann das zweite legitimieren, aber das zweite wird das erste nicht bewirken.

Fakt ist, dass einige der Mechanismen, mittels derer die EU versucht hat, ihre Völker zu vereinigen, kontraproduktiv waren. Innerhalb der festen Wechselkurse des Euro hat das Scheitern der griechischen Wirtschaft Griechenland zu einem wirtschaftlichen Vasallenstaat gemacht – mit vorhersehbaren Effekten auf die Gefühlslage der Griechen gegenüber den Gläubigern. Weithin erzeugt das Verlassen auf ein kreditbasiertes Finanzsystem in der EU auf individueller, Unternehmens- und nationaler Ebene ein dicht verwobenes Netz aus denen, die kämpfen, um Kredite zu bedienen, und denen, die bei Kreditausfall ruiniert werden könnten. Die Beziehung – oder richtiger das Fehlen von Beziehung – zwischen Unternehmen und deren Investoren hat dazu beigetragen, eine Finanzwelt herauszubilden, in der das Kapital und in seinem Kielwasser die Arbeitsplätze zu den stärksten Wachstumspunkten hingezogen werden, teilweise mit ernstesten Rückwirkungen auf dadurch schrumpfende und wachsende Bevölkerungen.

Der Punkt ist, dass politische und Finanzsysteme die Beziehungen zwischen ganzen Klassen von Menschen quer durch Europa generieren und die Bedingungen dafür festlegen. Manche dieser Systeme, wie der Euro, wurden konstruiert. Andere (wie ein auf Schulden basierendes Finanzsystem, die Funktionsweise der Kapitalmärkte und ein demokratischer Kurz-

zeit-Zyklus) existierten bereits in der westlichen Politik-ökonomie und wurden genutzt oder angepasst. Aber ironischerweise war im Blick auf die Staatsziele des Europäischen Projekts an keinem Punkt die Beziehungsstruktur und der Einfluss dieser Systeme darauf – inklusive der Beziehung zwischen Europas jetzigen und zukünftigen Bürgern - Subjekt ernsthafter Untersuchung.

Die Europäische Union wie sie sein könnte

Was aber, wenn die EU die Römischen Verträge beim Wort nehmen und die „immer engere Union“ – im Sinne einer willentlichen Annäherung, aufbauend auf dem weit verbreiteten Gefühl der europäischen Identität – als primäres und pragmatisches Langzeit-Ziel setzen würde? Was für eine Art Politik würde das in der realen Welt inspirieren?

Die Politik in Europa auf nationaler und EU-Ebene reflektiert eine breite Palette von Zielen und Überlegungen, einschließlich ökonomischen Wachstums, Sicherheit, Einschränkung von Umwelteinflüssen und nicht zuletzt die wahrscheinlichen Effekte auf Wahlen. Dieses Dokument empfiehlt, dass ein weiterer Gesichtspunkt eingeführt werden sollte, der einen Anker für die anderen bildet: nämlich die Wirkung der Politik auf die Beziehungen zwischen Völkern, zwischen Institutionen, zwischen Interessengruppen und zwischen Individuen. Ein wesentlicher Test für die Politik wären dafür nicht nur ihre wirtschaftlichen, sozialen und Umwelteffekte, sondern ob sie vorhersehbar größere Interaktion und gegenseitiges Verständnis, ausreichende Fairness aller Parteien und ein Zusammenfließen von Zweck und Werten produziert.

Ein konföderales Europa empfiehlt weder den Rückzug aus dem europäischen Projekt noch ein kopfüber und verfrühtes Drängen in Richtung einer vollen politischen Integration. Indem es die tiefer liegende Schwäche von Beziehungen anspricht, vermittelt es einen konstruktiveren und weniger kontroversen Weg des Umgangs mit dem Fakt der wechselseitigen Abhängigkeit, dem kein Europäer entkommen kann. In einer konföderalen Struktur liegt eine Möglichkeit für die EU und ihre Mitgliedsstaaten, eine starke Einheit zu bilden, Souveränitätsprobleme zu lösen und einen neuen Rahmen zu setzen für das Mandat, Mitgliedschaft und

Verfahrensweisen der wichtigsten zentralen EU-Institutionen: den Europarat, das Europäische Parlament, die Europäische Kommission und die Europäische Zentralbank. Das Dokument richtet seinen Fokus auch auf ökonomische Belange. Europa braucht einen Weg, um Wachstum zu stimulieren und die beispiellose Schuldenlast nicht weiter zu erhöhen, sondern zu reduzieren, weil diese kurz- und mittelfristig verheerenden Schaden bringen könnte als anerkannte Bedrohungen wie der Anstieg des Meeresspiegels.

Das Dokument stellt zwanzig Politikvorschläge vor unter sieben Hauptpunkten. Darin steckt jedoch mehr als eine Politikanleitung. Dahinter steht auch die Erkenntnis, dass die großen Motoren des Denkens und Handelns, die aus den christlichen Wurzeln Europas und der Aufklärung fließen, nicht in sich selbst vollkommen sind.

Letztendlich wird eine Kultur, die so sehr auf die Rechte und Freiheiten des Individuums setzt, sich auch den Beziehungen widmen müssen, die sie in ihren tragenden Institutionen manifestiert, und der Qualität von Beziehungen einen expliziten Stellenwert einräumen in der Weise, wie sie das Leben der Bürger leiten und die nächste Generation heranbilden. Freiheit und Gleichheit sind einzigartige Ideale – aber sie sind nur zwei von dreien. Keines von beiden kann isoliert vom dritten realisiert werden, das seit Mitte des 20. Jahrhunderts weit weniger Beachtung fand – nämlich Brüderlichkeit.

Synopse der politischen Forderungen¹

Politische Strukturen

1. Änderung des Vertrages von Lissabon, um den Begriff "Union" als starke konföderale Struktur zu definieren anstelle eines Bundesstaates (EU)
2. Änderung des Vertrages von Lissabon, um die Lebenschancen der zukünftigen Generationen zu erhöhen, in dem diese formal als Interessengruppen aufgenommen werden und indem die Ziele der Bildungspolitik in den Mitgliedstaaten erweitert werden (EU)

¹ Die Klammerangabe zeigt an, ob es um eine Forderung auf europäischer Ebene (EU) oder der Mitgliedsstaaten geht (MS).

Internationale Finanzen in der EU

3. Gleiche Sanktionen nicht nur bei Unterschreiten der Eurokriterien, sondern auch beim Überschreiten (EU)
4. Aufgabe des Ziels, den Euro zur Währung in der ganzen EU zu machen, stattdessen flexible Umrechnungskurse wiedereinführen, um die Zahlungsdefizite schnellstens zu beseitigen (EU)
5. Auswirkungen der internationalen Verschuldung mindern, indem die Staatsschulden in BIP- abhängige Schuldverschreibungen umgewandelt werden (EU)

Schuldenfreies Wachstum

6. Vertrauen zwischen Regierungen und Wählern wiederherstellen, indem die fiskalischen Auswirkungen auf zukünftige Generationen transparent gemacht werden (MS)
7. Abbau nationaler Schulden als vordringlich kennzeichnen, indem der Druck auf die öffentlichen Ausgaben gemindert wird (MS)
8. Steuervorteile für Fremdfinanzierung von Unternehmen abschaffen, um Chancengleichheit zwischen Eigen- und Fremdfinanzierung herzustellen (MS)
9. Angemessene Gebühren von Banken verlangen für die Absicherung gegen Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung durch den Staat und die EZB (MS)
10. Gründung neuer Finanzinstitute, die den Erwerb von Immobilien durch Miteigentumsmodelle und Mietkaufmodelle ermöglichen. Streichen von Steuervorteilen für Immobiliendarlehen (MS)
11. Anreize für Gläubigerprüfung durch Banken, Einzelhandel und andere Geldgeber, z.B. indem Banken ausgefallene Privatkundendarlehen nicht als Betriebsausgabe abziehen dürfen (MS)

Drei Marktfreiheiten

12. Begründung eines neuen Europäischen Binnenmarktes nur mit Warenverkehrsfreiheit, Dienstleistungsfreiheit und freiem Kapital- und Zahlungsverkehr. Personenfreizügigkeit sollen die Mitgliedsstaaten regeln (EU)

Corporate Governance

(Grundsätze der Unternehmensführung)

13. Integrierte Jahresabschlussberichte sollen europäischer Standard für Unternehmen werden; messbare Kriterien einführen, die die Beziehungsqualität zwischen allen Interessengruppen abbilden (EU)
14. Aufsicht der Anteilseigner über das Unternehmensmanagement erhöhen, indem die Gesellschafterstellung immer offengelegt wird, indem die erfolgsabhängige Vergütung von Vorständen/Geschäftsführern geändert wird, Anreize für langfristige unternehmerische Beteiligung (EU)
15. Risikoausgleich zwischen verschiedenen Interessengruppen, indem diese stärker in Aufsichtsgremien vertreten sind. Bei Liquidation und Insolvenz sollen Kleingläubiger, Kunden, Lieferanten und Arbeitnehmer vorrangig vor gesicherten Darlehensgebern bedient werden (EU)
16. Beweislastumkehr bei Unternehmenszusammenhängen. Es müssen nicht nur negative Effekte ausgeschlossen, sondern ein positiver gesellschaftlicher Effekt nachgewiesen werden (EU)

Realistischer Umgang mit Einwanderung

17. Offizielle Anerkennung der Grenzen nationaler Toleranz gegenüber Einwanderung, indem die Kontrolle darüber auf nationaler Ebene belassen wird; keine Zuständigkeit der EU (EU)
18. Schaffung eines gemeinsam finanzierten EU-Immigrationssystems mit gesicherten gemeinsamen Außengrenzen (EU)

Investitionen und Sozialleistungen

19. Die kommunale Ebene soll eine entscheidende Rolle bei der regionalen Wirtschaftsplanung, Beschaffung von Kapital und Verteilung von Sozialleistungen spielen (MS)
20. Aufbau sozialer Widerstandsfähigkeit, indem die örtliche Nähe von Verwandten gefördert wird und Kompetenzen an Familienverbände und Genossenschaften gegeben werden, um so die staatlichen Sozialausgaben zu senken (MS)

Beziehungswerte für Europa

- Freiheit, Gleichheit, Vertrauen, Gerechtigkeit und Solidarität haben nur im Kontext von Beziehungen Bedeutung – mit anderen Menschen und mit Gott.
- Für jeden von uns sind Beziehungen die Grundlage von Identität, Lernen, Chancen, Leistung und Wohlergehen.
- Da die Qualität von Beziehungen sowohl Menschen als auch Institutionen stark beeinflusst, ist das Potenzial von Beziehungen eine primäre Quelle von Werten.
- Eine gute Gesellschaft verbindet ihre Mitglieder auf eine Weise, die angemessene Gegenseitigkeit, Transparenz, Verständnis, Fairness und eine gemeinsame Vision unterstützt.
- Alle Menschen sollten vor dem Gesetz gleich behandelt und ihr Wert als Person geachtet werden.
- In einer nachhaltigen Gesellschaft müssen die Rechte von Individuen, Gemeinschaften, Institutionen und Dritten ausbalanciert werden über die sozialen Beziehungsnetze, die auch zukünftige Generationen einschließen.
- Wo Beziehungen zwischen Individuen oder Völkern zerbrechen, haben Zurückhaltung und Mediation Vorrang vor Trennung oder Gewalt.

Deutsche Übersetzung: Thomas Rößler, Karin Heepen



Die englische Gesamtausgabe kann in der Bundesgeschäftsstelle gegen eine Spende bestellt werden. David John Lee, Paul Mills und Michael Schluter, Confederal Europe. Strong Nations Strong Union (Amersfoort: Sallux ECPM Foundation, 2017)

Bündnis C – Roll-Up



Dieses Roll-up (0,85 × 2,00 m) kann von den Landes- und Unterverbänden bestellt werden unter eindruck@buendnis-c.de

Deutschland, Deutschland – höre das Wort des Herrn!

Dieser Ruf wurde zum Auslöser für eine 40-tägige Fasten- und Gebetszeit zu nationaler Buße und Neuanfang in Deutschland für die diesjährige Passionszeit. Initiatoren sind Harald Eckert, Prinz Philip Kiril von Preußen und Schwester Joela Krüger (<https://erbarmenueberdeutschland.de/>).

Prophetisches Wort für Deutschland von Harald Eckert, November 2017

Ich habe Dich aus der Asche und den Trümmern des Zweiten Weltkrieges herausgezogen. Du warst tödlich verwundet, aber ich habe Dich am Leben erhalten. Ich habe Deine klaffenden Wunden versorgt, Dir das Blut abgewaschen und Dir geholfen, wieder auf die Beine zu kommen.

Ich habe Dir Leiter zum Wohl des Landes gegeben: Die Väter des Grundgesetzes und Männer wie Konrad Adenauer, Helmut Kohl und Johannes Rau. Du hast Dich, so gut Du konntest, gebeugt unter die Schuld der Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg und für den Holocaust, und ich habe Dir wieder einen ehrenvollen Platz unter den Völkern eingeräumt. Von mir kam das Wunder der friedlichen Wiedervereinigung. Ich habe Dir Gnade über Gnade gegeben und Dich geliebt wie einen verlorenen Sohn. Ich habe Dir mein Vertrauen geschenkt, auf dass Du Dich mir wieder von Herzen zuwendest, mich fürchtest, meine Gebote ehrst, Versöhnung mit Deinen Nachbarvölkern suchst und mein geliebtes Volk Israel segnest.

Du warst auf dem richtigen Weg – aber Du bist dabei, vom Weg abzukommen. Die Welt hat gestaunt über Deine Erholung nach dem Zweiten Weltkrieg, über die Aussöhnung mit Deinen Nachbarn, insbesondere mit Frankreich, über Dein aufrichtiges Bemühen im Umgang mit dem Holocaust, über das Wunder der friedlichen Wiedervereinigung und über das weitere Wunder von 50 Jahren fruchtbarer diplomatischer Beziehungen zu Israel. In den Augen der Welt, in den Augen Israels und auch in meinen Augen bist Du wieder zu Ehre und Würde gelangt. Das war mein Werk der Gnade an Dir und durch Dich, spricht der Herr.

Doch Du stehst in Gefahr, meine Gnade für billig zu erachten, mein Erbarmen Dir gegenüber zu verschleiern und das Vertrauen, das ich in Dich gesetzt habe,



mit Füßen zu treten. Du verachtest meine Gebote, Du speist mir ins Angesicht mit Deiner wachsenden Anmaßung, Arroganz und Selbstherrlichkeit, Du entfernst Dich von jeder Form der Ehrerbietung und der Ehrfurcht vor mir. Du brüskierst mit Deiner Selbstherrlichkeit immer mehr Deine Nachbarvölker und Du lässt aus selbstsüchtigen Gründen mein Volk Israel im Stich.

Der Grund, auf dem Du Dich bewegst, wird Dir zunehmend schlüpfrig, und die Richtung, die Du einschlägst, führt zunehmend Richtung Abgrund. Ich bin dabei, mein Angesicht, das ich Dir so liebevoll zugewandt habe, von Dir abzuwenden und Dir meine Gunst zu entziehen. Deutschland, Deutschland, halte inne! Deutschland, Deutschland, komme wieder zur Besinnung! Mögen Deine Priester mich um Erbarmen anrufen! Mögen Deine Könige vor meinem Wort erzittern! Mögen Deine Propheten mit klarer Stimme sprechen! Möge die Gemeinde und möge das Volk sich mir wieder zuwenden!

Erinnert Euch an mein Wort: Ein zerbrochenes und demütiges Herz verachte ich nicht. Zerbrecht Euer Herz und demütigt Euren Geist! Kehrt wieder um zu mir! Kehrt um zu Dankbarkeit, Gottesfurcht und Schlichtheit der Herzen. Kehrt um zu Nächstenliebe, Barmherzigkeit und dass einer den anderen höher achte als sich selbst! Kehrt um zum Mut zur Wahrheit, zu Wahrhaftigkeit und zum Einsatz für Gerechtigkeit und Barmherzigkeit in dieser Welt! Kehrt um zu mir, spricht Euer Gott, der Euch liebt und der Euch zu einem Segen in der Völkerwelt und zu einem Segen für Israel gesetzt hat und weiterhin setzen möchte.



Harald Eckert

Leiter von „Christen
an der Seite Israels“

Vladimir Palko „Die Löwen kommen“

Warum Europa und Amerika auf eine neue Tyrannei zusteuern

Der slowakische christliche Politiker Vladimir Palko führt aus, warum die alten christlichen Parteien in Europa generell den mehr oder weniger links einzuordnenden anderen Parteien immer mehr die christlich-biblischen Werte geopfert haben. Wie linkes Gedankengut mit der 68er-Bewegung des Neomarxismus ganz Europa unterwandert hat und wie die Christenverfolgung dadurch heute in den USA und Europa aussieht. Der Kampf ist einer zwischen der „Kultur des Lebens“ und der „Kultur des Todes“!

70 Jahre Kriegsende, 25 Jahre deutsche Wiedervereinigung, 70 Jahre Staat Israel, 50 Jahre Neomarxismus im Westen ... Ich frage mich, wie es sein kann, dass sog. christliche Demokratien heute Christen massiv einschränken, die sich den zehn Geboten gegenüber treu verhalten. Nachdem ich das Buch von Vladimir Palko gelesen hatte, wurden mir manche Zusammenhänge klar. Auch andere bekannte Autoren, die sich in ihren Büchern mit diesem Phänomen beschäftigen, (z. B. Vishal Mangalwadi in „Das Buch der Mitte“ und „Wahrheit und Wandlung“ oder Martin Baron in „Gott und Deutschland“), stoßen auf die gleichen Ursachen.

Die 68er Studentenrevolten (Neomarxismus) jähren sich in 2018 zum 50. Mal. Wie konnte es kommen, dass ein italienischer Marxist (Antonio Gramsci, Mitbegründer der KP) mit seiner Forderung nach einer „anthropologischen Revolution“ so erfolgreich wird? Er arbeitete auf die vollkommene Veränderung, sprich: Abschaffung, der bis dahin in ganz Europa und den USA gültigen, auf der biblischen Moral aufbauenden Sozialmoral hin.

Mit den praktizierten vier Soli als Glaubens- und Denkbasis der Reformation konnte der Schöpfergott in Europa und Nordamerika mittels gottesfürchtiger Menschen, die sich als Seine Werkzeuge gebrauchen ließen, menschenwürdige gesetzliche Strukturen und damit halbwegs gut funktionierende Staatswesen aufbauen (die bekannte „Licht- und Salzkraft“). Das Kennzeichen ihrer Grundgesetze ist bzw. war die Anerkennung und gelebte Umsetzung des von Gott gegebenen Naturrechts. Die Grundlage jener Ordnung ist in den Zehn Geboten verfasst. Die allgemeinen Menschenrechte der UN, das Deutsche Grundgesetz, die Bill of Rights, ... basieren auf diesen gesetzten Normen.

Beginnend mit der sog. Aufklärung übernahmen unbiblische Strömungen die Deutungshoheit, allen voran die



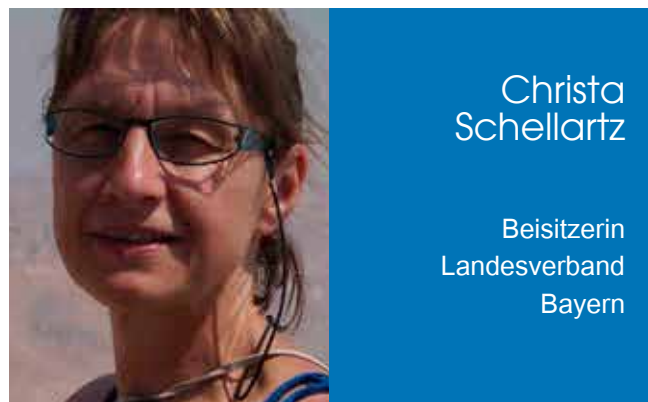
Vladimir Palko, Die Löwen kommen. Warum Europa und Amerika auf eine neue Tyrannei zusteuern, 3. Aufl. (Kißlegg: fe-medienv Verlag, 2015) ISBN: 978-3863570729

Ideengeber der Französischen Revolution. In der Folge kam die historisch-kritische Bibelauslegung, Darwin mit seiner Evolutionstheorie, der Marxismus ... allesamt Infragesteller des Gottes des AT und NT mit Seiner Deutungshoheit! Da das Christentum in weiten Bereichen wieder zu einer „ererbaren“ Volksreligion degenerierte, das die Bibel nicht (mehr) ernst genug nahm, ging die Saat auf: Es konnten zwei verheerende Weltkriege geschehen, auf weite Teile der Erde sich der Marxismus ausbreiten mit seinen vielen gewaltsamen Revolutionen und in den letzten Jahrzehnten der Islamismus.

Gott hat Ewigkeit in unsere Herzen gegeben (Pred 3,11), und wenn ER es nicht ausfüllen darf, beeinflusst uns der „Mörder von Anfang an“ und der „Vater der Lüge“ (Joh 8,44), denn ein Vakuum ist leicht zu füllen!

Hilfreich für unsere politische Arbeit in Bündnis C sind die von Palko am Ende seines Buches zusammengefassten zehn „Gebote-Ratschläge“, die nachfolgend wiedergegeben werden (vgl. S. 480-498):

1. Lernen Sie die Wahrheit kennen, sie wird Sie frei machen! Nehmen Sie die Fakten zur Kenntnis.
2. Tun Sie Buße!
In Zeiten der Krise gibt es keinen Raum für Triumph, sondern nur für Demut. Der Christ sollte sich in der heutigen Situation ehrlich die Frage stellen, was er selbst zum Stand der Dinge beigetragen hat.
3. Sagen Sie die Wahrheit!
4. Bereiten Sie sich auf das Märtyrertum vor!
Werden Sie Märtyrer beim Aufbau einer Kultur des Lebens.
5. Rüsten Sie sich mit Argumenten aus!
Die anthropologische Revolution hat viele böse Früchte hervorgebracht. Die Christen sollten mit diesen Fakten geschickt und selbstbewusst argumentieren lernen.
6. Vernetzen Sie sich untereinander, kommunizieren Sie miteinander, handeln Sie gemeinsam!
7. Kommunizieren Sie und arbeiten Sie mit Andersdenkenden zusammen!
Z. B. in Projekten, dabei jedoch die eigene Identität bewahren. Diese Zusammenarbeit ist notwendig. Die Christen sind nicht allein für sich selbst verantwortlich.
8. Schaffen Sie Kultur!
9. Werdet Fachleute!
Z. B. welches Wirtschaftsprogramm braucht die heutige Zeit?
10. Fürchtet Euch nicht!
Da gemäß Mt 28 Jesus alle Autorität hat und ER alle Tage bei uns ist.



**Hier kann ab
der nächsten
EINDRUCK-Ausgabe
im Juni 2018 Werbung
für Ihre Firma stehen.**

Sprechen Sie uns an!

**Kontakt: Mathias Scheuschner
Tel. 09188/5045244
mathias.scheuschner@buendnis-c.de**

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-EMW-Staaten in Euro.

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts
BIC
Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)

Bündnis C - Christen für Deutschland

IBAN
DE60660501010108232562

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)
KARSD66XXX

Kunden-Referenznummer - Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Zahlers
noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen à 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 2 Zeilen à 35 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

Betrag: Euro, Cent

IBAN

Datum

Unterschrift(en)

Handschrift: normale Schreibweise! (Blockdruck in GROSSBUCHSTABEN und dabei Kästchen beachten!)

08

423 457 00 VERLAG

Aus den Landesverbänden

Hessen startet im neuen Jahr mit neuem Vorstand



*Der neue Landesvorstand von links nach rechts:
Gabriele Löber, Peter Schäfer von Reetnitz,
Andrea Rehwald, Wolfgang Peuckert, Edgar Winand,
Dieter Rühl, Christoph Samuel L.W. Kambor Jakob*

Am 20.01.2018 fand im Bürgerhaus in Gießen Klein-Linden der Landesparteitag des Landesverbandes Hessen statt. Die zahlreichen Anwesenden hatten ein straffes Programm. Neben der Wahl des neuen Landesvorstandes und einigen weiteren Tagesordnungspunkten stand auch die Wahl der Landesliste für die Wahlen zum 20. Hessischen Landtag auf dem Programm.

Die Tagung begann mit einem geistlichen Impuls von Peter Schäfer von Reetnitz, der anhand der Bibel klar deutlich machte, wie wichtig es ist, sich gerade jetzt in der Politik aktiv zu betätigen.

Danach konnte der Vorstand trotz aller Schwierigkeiten im vergangenen Jahr einen recht umfangreichen Tätigkeitsbericht vorlegen. Hier sind die Aktivitäten im Zusammenhang mit der Bundestagswahl, Strukturlegung für die Bildung von Bezirksverbänden und einiges mehr zu nennen.

Als Vertreter des Bundesvorstandes begleitete Thomas Wiethe den Landesparteitag. Unter seiner Leitung wurde der neue Landesvorstand gewählt. Dies wurde aufgrund des Rücktrittes des bisherigen Vorsitzenden Immanuel Kühnle notwendig. Der neue Vorstand besteht aus der Landesvorsitzenden Andrea Rehwald, den Stellvertretern Dieter Rühl und Edgar Winand, dem Schatzmeister Wolfgang Peuckert, den Beisitzern Christoph Samuel L.W. Kambor Jakob und Peter Schäfer von Reetnitz sowie der Beisitzerin Gabriele Löber.

Nach Gebet und Segnung des Vorstandes wurde die Landesliste für die 20. Hessische Landtagswahl aufgestellt. Die Kandidaten erwartet ein volles Programm. Nach den ersten Erfahrungen, die der Landesverband im letzten Jahr bei der Bundestagswahl sammeln konnte, wurde beschlossen, anlässlich der Landtagswahl mit Hilfe von Wahlkampfständen und anderen Aktionen stärker in der Öffentlichkeit aufzutreten.

Landesverband Baden-Württemberg

Workshop 3.02.2018 in Remchingen

Die Idee zum Bündnis-C Workshop reifte bereits am vergangenen Landesparteitag 2017. Er sollte sich gezielt an Personen richten, die entweder erst seit kurzem Bündnis C – Mitglieder wurden oder die Interesse an unserer Partei haben.

Die Umsetzung erfolgte zügig. Bereits am 03.02.2018 trafen sich bei Dr. Rainer Simon in Remchingen 10 Personen in lockerer Atmosphäre. Nach einer kurzen Andacht und einer Austauschrunde, um uns kennen zu lernen, ging es dann um unsere Beweggründe, uns für Bündnis C zu engagieren oder zu interessieren. Sofort wurde eines deutlich: Es herrschte große Einigkeit darüber, dass es nun an der Zeit ist, dass Christen sich in die Politik einbringen. Es darf nicht sein, dass wir Christen ein Vakuum zulassen, das am Ende von Ideologien gefüllt wird, in denen christliche Werte keine Rolle mehr spielen. Wir nahmen uns auch ausgiebig



*Detlef Damaschke, Jürgen Graalfs, Friedemann Hetz,
Torsten Krause, Dr. Rainer Simon*

Zeit, zu überlegen, wie wir Bündnis C in den christlichen Gemeinden bekannt machen können. Aber auch die Europawahl 2019 warf bereits ihren ersten Vorschatten auf den Workshop.

So diskutierten wir über mögliche Schwerpunktthemen, welche die Teilnehmer beschäftigen. Insbesondere die Themen Schule – Bildung – Erziehung – Familie, Gesundheitspolitik, Sicherheit und Migration kristallisierten sich dabei deutlich heraus. Unterbrochen wurde unser intensiver Austausch durch eine leckere Pizza zum Mittagessen.

Zusammenfassend kann gesagt werden: Der Bündnis C Workshop wurde mit großem Interesse angenommen und ruft nach einer Wiederholung. Ähnliche Events zum Voranbringen unserer Partei haben wir nun auch für Ettlingen und Heilbronn geplant.

Am Landesparteitag am 18.11.2017 wurde ein neuer Landesvorstand gewählt, bestehend aus den folgenden Mitgliedern: Jürgen Graalfs (Landesvorsitzender), Dr. Rainer Simon (1. Stellv. Vorsitzender), Detlef Damaschke (2. Stellv. Vorsitzender), Friedemann Hetz (Landesschatzmeister), Torsten Krause (Beisitzer), Peter Uhrmeister (Beisitzer).

Landesparteitag mit Vorstandswahl in Rheinland-Pfalz November 2017

Im Rahmen des Landesparteitags am 18.11.2017 in Westerborg wurde der Landesvorstand in Rheinland-Pfalz turnusmäßig neu gewählt.

Marliese Maier trat aus gesundheitlichen Gründen nicht wieder an. Dafür durften wir zwei neue Vorstandsmitglieder willkommen heißen: Elvira Grebe und Klaus Müller.

Der aktuelle Landesvorstand für Rheinland-Pfalz:

Landesvorsitzender: Andreas Wolff

1. Stellvertretender Vorsitzender: Volker Giese

2. Stellvertretende Vorsitzende: Barbara Rinder

Landesschatzmeister: Ernst Maier

Beisitzer: Christoph Carius, Michel Knögel, Elvira Grebe, Klaus Müller

Landesparteitag von Bündnis C Niedersachsen am 16.12.2017 in Bad Essen

Der neue Landesvorstand



(von links) Klaus Dieter Schlottmann (1. Stellv. Vorsitzender), Thomas Wiethe (Vorsitzender), Emil Weigand (Schatzmeister), Katrin Henze-Beushausen (2. Stellv. Vorsitzende), Harald Baumgart (Beisitzer), Hermann Bohnenkamp (Beisitzer), Thorsten Wegner (Beisitzer)

Projekt Aufwind des Landesverbandes Niedersachsen

Projektleiter: Klaus-Dieter Schlottmann und Emil Weigand

Social Media: Harald Baumgart und Thorsten Wegner

Ziel: Bekanntmachung von Bündnis C in Niedersachsen, Gewinnung neuer Mitglieder und Aktivierung der bestehenden Mitglieder

- Klaus-Dieter Schlottmann ermutigt die Mitglieder in verschiedenen Haus-, Israel-, Wächterrufkreise etc. die Möglichkeit der Bekanntmachung von Bündnis C vorzubereiten. Klaus-Dieter Schlottmann und Emil Weigand werden die Informationen in den Kreisen verbreiten.
- Konzeption gemeinsamer Veranstaltungsformate wie das Deutschlandgebet sind geplant.
- Harald Baumgart wird die Landeseite vollständig überarbeiten und neu verlinken. Thorsten Wegner möchte als Facebookbeauftragter mitarbeiten.

Der Landesverband Bayern auf dem Weg zur Landtagswahl 2018

Landesparteitag

Am 25.11.2017 haben wir uns zu einem Sonderparteitag des Landesverbandes Bayern in Nürnberg getroffen. Unsere Hauptthemen waren: Rückblick auf die Bundestagswahl 2017, Nachwahl zum Landesvorstand und die bevorstehende Landtagswahl in Bayern im Oktober 2018.

Als neue Landesvorsitzende wurde **Verena Thümmel** gewählt.

Des weiteren wurden folgende Beisitzer in den Landesvorstand gewählt: **Arno Schellartz** (Mittelfranken, 2.v.l. hinten), seine Frau **Christa Schellartz** (3.v.l. hinten) wird die Aktivitäten in den Regierungsbezirken unterstützen, **Sven Pilz** (Schwaben, 3.v.r. hinten) und **Jörg Werner** (Unterfranken, 2.v.r. hinten).

Zudem waren noch Kassenprüfer und das Landesschiedsgericht zu wählen. Dabei wurden die bisherigen Mitglieder in ihren Ämtern bestätigt.

Aufgrund der komplexen Auflagen werden wir voraussichtlich nur in Oberfranken und in Mittelfranken zur Landtagswahl antreten können.

Zusätzlich besprachen wir die zukünftige Arbeit und Aufgabenverteilung in ganz Bayern mit dem Ziel, flächendeckend Bezirksverbände zu gründen, um besser in der Öffentlichkeit wirksam zu sein. Dafür ist es wichtig, dass wir in jedem Regierungsbezirk Beisitzer haben, die vor Ort agieren können.

Gründung von Bezirksverbänden:

Am 13.1.2018 fand in Nürnberg eine Infoveranstaltung statt zur Gründung eines Bezirksverbandes in Mittelfranken. Dort entschieden sich zwei Interessenten, Mitglieder zu werden.

Am 20.1.2018 veranstalteten wir in Lichtenfels den Gründungsparteitag eines Bezirksverbandes für Oberfranken. Wir waren 11 Mitglieder und eine Interessentin, die sich entschied, Mitglied von Bündnis C zu werden. Gemeinsam konnten wir über die bevorstehende Landtagswahl in Bayern sprechen, Ideen sammeln und eine Kandidatenliste für den Bezirk Oberfranken aufstellen.



Besonders freuen wir uns, dass wir für die Landtagswahlen einen begehbaren Anhänger vom Bundesverband erhalten haben, den wir mit neuer Werbung für Bündnis C bekleben und werbewirksam nutzen können, um damit Bündnis C in unseren Bezirken bekannter zu machen.

Was uns wichtig ist:

- Wir haben uns als Ziel in Bayern vorgenommen, in diesem Jahr mindestens 50 neue aktive Mitglieder zu gewinnen. Ich glaube daran, dass wir als Bündnis C in diesem Jahr Wachstum haben werden, auch im gesamten Land, und dass Gott sich zu unserer Partei stellt. Ich wünsche mir sehr, dass wir gemeinsam eine Vision vor Augen haben, das Ziel, in Deutschland bekannter zu werden und gute Politik zu machen, die auf einem christlichen Fundament steht.
- Anfang Februar durfte ich ein Radiointerview bei JC Channel – einem christlichen Webradiosender geben, die durch Facebook auf uns aufmerksam wurden. Hier bekam ich die Möglichkeit, Bündnis C vorzustellen und auch unsere Arbeit im Landesverband Bayern.

Steckbrief Landesvorsitzende Bayern:



Mein Name ist Verena Thümmel, 43 Jahre jung. Ich bin verheiratet und habe einen wunderbaren Sohn. Zurzeit arbeite ich als selbstständige Kauffrau und gehe in eine freie Gemeinde.

Mitglied von Bündnis C bin ich seit August 2015 und mit vollen Herzen dabei.

Meine Schwerpunkte, die mir sehr am Herzen liegen: Familienpolitik und natürlich unser Landesverband Bayern.

Mitglieder gewinnen

Wir wollen in diesem Jahr 500 neue Mitglieder gewinnen und in allen Bundesländern Landesverbände gründen. Hier einige Ideen, die wir mit dem Bundesvorstand und den Landesvorsitzenden zusammengetragen haben:

Bürgerforen und politische Veranstaltungen besuchen

Auch politische Veranstaltungen anderer Parteien sind Gelegenheiten, Kontakte zu knüpfen und zu regionalen Themen Stellung zu beziehen oder Fragen zu stellen. Dabei kann man sich als Bündnis C-Mitglied vorstellen und mit anderen Besuchern ins Gespräch kommen.

Eigene Veranstaltungen

Zu örtlich oder regional interessanten Themen können Landes- oder Kreisverbände eine Veranstaltung organisieren, evtl. mit einem in der Region bekannten Sprecher, und dazu die Position von Bündnis C erarbeiten und präsentieren.

Politik-Stammtisch

Nach einem kurzen Impuls z. B. eines Vorstandsmitglieds zu einem politischen Thema ist Zeit für Austausch mit den Besuchern und für deren Fragen.

Workshop für Nichtmitglieder

... oder eine bestimmte Zielgruppe: junge Leute, Eltern, Rentner, Migranten, ...: Welche Fragen haben diese Menschen an Bündnis C?

Einladung in der kostenlosen Regionalzeitung

Auch wenn diese Zeitungen eine solche Ankündigung meist nicht beim ersten Mal drucken, lohnt es sich, den Kontakt herzustellen und immer wieder kurze Meldungen zu liefern.

Kontakte zu christlichen Organisationen knüpfen

Christliche Organisationen, die bereits in die Gesellschaft hineinwirken, sind empfänglicher für unsere Arbeit als Kirchen und Gemeinden, da sie selbst teilweise politische Anliegen haben. Das betrifft vor allem

Verbände in der Wirtschaft (IVCG, CiW, CKB, VCU, ...), im Bildungsbereich (Verband christlicher Schulen, VEBS, ...), Lebensschutz (1000+, ...), Familie (Verband kinderreicher Familien, ...), Gesundheitswesen (CiG, ...).

Kontakte zu Migrantengemeinden

Viele von uns engagieren sich in der Flüchtlingsarbeit. Migrantengemeinden sind offener für politische Anliegen als einheimische Kirchen und betonen weit weniger die Abgrenzung zur Politik (z. B. Russlanddeutsche, Afrikaner, Nahost, ...)

Straßenstände bei Ortsfesten

Da fühlt man sich nicht so einsam wie allein mit einem Straßenstand und zeigt Präsenz im Leben der Kommune.

Interessentenstatus anbieten

Neuen Kontakten kann man immer unseren unverbindlichen Interessentenstatus anbieten, damit sie unser kostenloses EINDRUCK-Heft erhalten und auf Wunsch weiteres Material.

Gut ausgerüstet

... mit einigen Flyern, Luftballons und Aufklebern, Mitgliedsanträgen und Visitenkarten im Gepäck für neue Kontakte.

Wenn Sie weitere Ideen und gute Erfahrungen haben, wie Sie unsere Mitmenschen ansprechen und auf Bündnis C aufmerksam machen, lassen Sie es uns bitte wissen, damit auch andere davon profitieren können: eindruck@buendnis-c.de.



Jürgen
Graalfs

Landesvorsitzender
Baden-Württemberg

Politische Weisheit

Wie sieht eine weise christliche Politik aus?



Viele Christen interessieren sich für die Vorgänge in Politik und Gesellschaft. Die Berichte in den Medien finden reges Interesse. Doch selbst politisch aktiv werden? Da ist Skepsis bis Ratlosigkeit angesagt. Ist das überhaupt gut, wenn Christen Politik machen wollen? Die „Trennung von Kirche und Staat“ verbietet das doch. Und eine „evangelikale Rechte“ wie in den USA wollen wir in Deutschland doch auch nicht. Das würde die Offenheit der Menschen für Evangelisation in Deutschland erschweren, oder?

1. Ist es weise für Christen, in die Politik zu gehen?

Sicher ist es immer weise, für die herrschenden Politiker zu beten. Egal für wen! Dazu fordert Paulus die Gemeinden im Neuen Testament auf. Dies schreibt er an seinen Mitarbeiter Timotheus (1.Tim 2) und im Brief an die Gemeinde in Rom (Röm 13). Letzteres zu einer Zeit, in der vermutlich der Christenverfolger Nero Kaiser war.

Doch ist es ausreichend, für die Regierenden zu beten und ansonsten ein braver Bürger zu sein? In einer Demokratie wie der unsrigen sind alle Bürger aufgefordert, am Gemeinwohl und der politischen Meinungsbil-

dung mitzuwirken. Doch ist es weise, wenn Christen dies tun? Schließlich gibt es Dinge, die nur Christen machen können. Und Politik bekommen die Nicht-Christen schließlich auch irgendwie hin. Vielleicht sogar besser als die Christen?

Ist Jesus Politiker geworden?

Was ist überhaupt „weise“? Schauen wir auf den Urgrund aller Erkenntnis: Gott hat sich in Jesus Christus offenbart. Was hat Jesus gemacht? Ist er Politiker geworden?

Auf den ersten Blick: Nein, natürlich nicht. Denn er hat zu Pilatus gesagt: „Mein Reich ist nicht von dieser Welt.“ (Joh 18,36) Und er hat die römische Besatzungsmacht seiner Zeit nicht mit gewaltsamen Mitteln aus Israel vertrieben, obwohl dies viele Juden vom Messias erwarteten.

Auf den zweiten Blick sieht es aber schon etwas anders aus: Jesus gründet ein Königreich mit dem Ziel, die Welt zu verwandeln. Dass da irgendwo eine politische Komponente mitbeinhaltet ist, ist eigentlich logisch. Wenn auch für manche nur „eschatologisch“. Also im Blick auf eine verklärte Zukunft, nicht auf die jetzige Zeit.

Es gibt aber noch eine dritte Blickrichtung auf diese Frage: Sie leitet sich ganz praktisch aus den Geboten ab, die Jesus und die Apostel des Neuen Testaments den ersten Christen aufgaben. Jesus-Nachfolger sollen ihre Nächsten lieben, ihre Mitmenschen. Und weil unsere demokratische Gesellschaftsordnung uns dazu auffordert, die Gesellschaft verantwortlich mitzugestalten, sind Christen aufgerufen mitzuwirken! Sicherlich müssen das nicht alle Christen aktiv tun. Aber wenn in jeder Gemeinde darauf geschaut würde, dass auch einige Gemeindeglieder politisch-gesellschaftlich aktiv sind, dann wäre dieser Bereich gut abgedeckt. Leider hat sich diese Überzeugung noch nicht überall durchgesetzt. Es kursieren weitgehend ähnliche Vorurteile, die dies verhindern.

Nicht durch „Heer oder Kraft“

„Es soll nicht durch Heer oder Kraft, sondern durch meinen Geist geschehen, spricht der HERR Zebaoth.“ in Sacharja 4,6. Gottes Reich wird nicht über die menschliche Staatsgewalt aufgerichtet. Aber das ist auch gar nicht, was Christen tun sollen, wenn sie sich politisch engagieren.

Der Staat hat nämlich eine andere, eine legitime Aufgabe. In der lutherischen Tradition mit Bezug auf Römerbrief Kapitel 13,1 ff gibt es den Begriff der „Schwertgewalt“ des Staates. Sie ist von Gott eingesetzt mit dem Zweck, die Eskalation der Sünde in der unerlösten Gesellschaft einzudämmen. Gewalt und Unrechtsspiralen zu verhindern bzw. zu unterbrechen, ist wichtig. Ohne diese Eindämmung würde es in jeder menschlichen Gesellschaftsform drunter und drüber gehen. Damit wird das Leid reduziert! Und das liegt Gott noch viel mehr am Herzen als uns Menschen, die sich oft erst damit beschäftigen, wenn es uns selbst oder uns Nahestehende trifft.

Der gute Staat dient

Aber diese Schwertgewalt des Staates durch Polizei, Militär oder Geheimdienste ist keine dauerhafte Lösung für unsere Welt. Dem Grundproblem der menschlichen Neigung, zu sündigen und sich an den Mitmenschen zu vergehen, wird nicht der Zahn gezogen. Bestenfalls gibt der Staat zusätzlich Impulse in die richtige Richtung. Und er soll Gutes belohnen (Röm 13,4). Damit stellt er eine dauerhafte Funktionsfähigkeit für die

menschliche Gesellschaft sicher. Die wichtigsten und lebensnotwendigsten Dinge sollten für alle funktionieren und gewährleistet sein.

Natürlich kann der Staat auch missbraucht werden, beispielsweise um die eigene Bevölkerung zu unterdrücken oder andere Völker zu beherrschen. Dies ist aber genau das, was es zu verhindern gilt! In Römer 13,4 ist der Staat „Gottes Dienerin“, die den Menschen dient. Und genau deshalb ist es nicht egal, wer die Politik macht, damit der Staat seinen guten Zweck erfüllen kann.

2. Wie sieht eine „weise“ christlich geprägte Politik aus?

Stellen wir uns die Frage zuerst einmal andersherum: Was wird verpasst, wenn Christen nicht in die Politik gehen?

- Christen haben viel durch Gottes Offenbarung, Jesus und die Bibel gelernt. Die ganze Fülle dieser Weisheit entgeht dem politischen Diskurs. Ebenso fehlt der reiche Erfahrungsschatz christlicher Gesellschaftsphilosophie, die sich in Europa und weltweit über Jahrhunderte angesammelt hat, um den Herausforderungen zu begegnen.
- Wir überlassen es den Nicht-Christen die unangenehme Arbeit zu machen. Diese haben dabei oft viel schlechtere Voraussetzungen auf psychologischer Ebene, das Erlebte zu verarbeiten. Sowohl als Politiker, der die Entscheidungen verantworten muss, als auch in der Exekutive in Polizei, Verteidigungsmilitär oder beim Geheimdienst zur Terrorismus-Prävention. Die Verantwortlichen erleben viel Schlimmes und müssen unter Umständen zu extremen Maßnahmen greifen, die mit eigener Schuld beladen sein können. Christen wissen, an wen sie sich in solchen Situationen wenden dürfen.

Was geschieht Gutes, wenn Christen politisch aktiv werden?

- Wenn künftig wieder bekennende bzw. biblisch-christliche Parteien und Politiker eine Stimme in der politischen Öffentlichkeit haben, dann bringen sie das Bewusstsein in die politische Kultur zurück, dass jede Art von Politik ihre eigenen Glaubensgrundlagen hat! Die Linken, die Grünen, FDP, CDU

und SPD und auch die AfD haben andersartige weltanschauliche Grundannahmen, aus denen sie ihre Werte und Konzepte ableiten.

- Die Weisheit des Schöpfers wird in die politischen Diskussionen eingespeist. Unterschätzen wir das nicht. Das betrifft Talkshows, die täglichen Nachrichten, die Parlamente und den „Wahl-o-mat“!

Ein herausfordernder Dienst

Wenn Christen in die Politik gehen, ist das ein herausfordernder Dienst an den Mitmenschen! Wer Ruhm und Anerkennung sucht oder einfach Karriere machen will, sollte es besser in anderen Branchen versuchen. Welche Politiker sind schon ehrenhaft aus ihrem Amt geschieden? Und selbst wenn sie länger im Amt waren – wie viele diffamierende Artikel wurden über sie verfasst?

Wer in die Politik geht, braucht als Christ selbst sicheren Zugang zu Gott als Quelle der persönlichen Anerkennung. Wer mangelnde Anerkennung in der eigenen Gemeinde stattdessen in einer christlichen Partei bekommen will, wird keine politische Weisheit entfalten. Wer ein Mangel-Christsein mit dem Innehaben politischer Ämter überdecken will, wird frustriert aufgeben. Wer das Evangelium von Jesus Christus verstanden hat, weiß aber, dass wir in unserem Dienst aus dem überfließenden Segen Gottes weitergeben! Damit sind Christen tendenziell besser gerüstet als andere, die diese Befreiung und Ausstattung nicht erfahren haben.

3. Wie vermeidet man es, mit gut gemeintem Einsatz die Gegner eines christlichen Einflusses auf die Gesellschaft zu mobilisieren?

Ein markantes Argument, warum Christen besser nicht parteipolitisch aktiv werden sollten, wurde einst in den Niederlanden von einem bekannten Prediger vor einer Parlamentswahl formuliert: Wenn Christen offen erkennbar politisch antreten, beginnen sie die Gegner eines christlichen Einflusses auf die Gesellschaft erst richtig zu mobilisieren. (Interessanterweise erreichte die „ChristenUnie“ in den Niederlanden bei dieser Wahl



einige Prozent mehr und kam damit sogar in die Regierungskoalition.)¹

Das Motiv hierbei, sich nicht zu engagieren, ist Furcht. Und teilweise stimmt es. Denn aus dem Römerbrief wissen wir um den Zusammenhang, dass wer Menschen mit Gottes Geboten (dem Gesetz) konfrontiert, der bewirkt automatisch die Rebellion „des Fleisches“ (Röm 7,14 ff). Wer in der Sünde gefangen ist, kann dann oft gar nicht anders als ablehnen, auch wenn er es theoretisch besser weiß. Widerstand ist normal, wenn Christen auftreten.

Gottes Charakter spüren

Allerdings lernen wir im Römerbrief auch, wie Gott dieses Problem überwindet: Menschen müssen Gottes Charakter, seinen Willen, den Menschen aus dieser vertrackten Situation zu retten, und seine Gnade erleben – das ermöglicht der Welt die Einsicht, dass Gott es gut meint mit uns. Gottes Güte führt zum Umdenken! (Röm 2,4)

Im gesellschaftspolitischen Kontext gibt es zwei Arten von Weisheit, die den Charakter Gottes sichtbar machen, sachbezogene und personenbezogene:

- In der politischen Sachentscheidung geht es nicht darum, alle biblischen Gebote mit staatlicher Gewalt „durchzudrücken“. Es gilt zu unterscheiden zwischen bestimmten fundamentalen Rechten und Pflichten (beispielsweise für einen umfassenden Lebensschutz) und Lebensbereichen, die in einer „gefallenen Schöpfung“ von Seiten des Staates notlindernd aber nicht ideal geregelt werden können (beispielsweise in der Familiengesetzgebung). Ein „weises“ Gesetz speist sich aus der Wahrheit, und einer sinnvollen Regelung kann man anmerken, dass sie weise ist.
- Die Persönlichkeit der Politiker muss Gottes Charakter widerspiegeln. Man muss ihnen abspüren, dass sie es durch und durch gut meinen – sowohl mit den

¹ Vgl. Rob Nijhoff, Political Wisdom. A future for Christian politics (Sallux Publishing, 2017), S. 13.

staatlich zu setzenden Grenzen und Richtlinien als auch mit den Menschen, die es jeweils betrifft. Dann können sich auch Nicht-Christen für christliche Politik erwärmen. Auch wenn nicht alles verstanden oder benannt werden kann, merkt der Wähler: da ist „ein Guter“ am Werk.

Jesus hat Gegner mobilisiert

Doch seien wir uns bewusst: Auch Jesus hat seine Gegner mobilisiert – und wie (lesen sie mal im Johannes-Evangelium die Kapitel 5-9)! Es fand oft eine „Trennung in der Menge“ statt. Für Politik in einer pluralistischen Mehrparteien-Demokratie ist das eigentlich normal. Für Christen, die sich am liebsten nur in Harmonie und Einigkeit voran bewegen wollen, eher unangenehm.

Wichtig ist aber: Viele Nicht-Christen werden sich positiv entscheiden, wenn Gottes herzlich-gutes Wesen und seine geniale Weisheit in der Sache und den Personen politischer Aktivitäten spürbar ist. Die Geschöpfe werden ihren Schöpfer im Hintergrund wiedererkennen, auch unbewusst.

4. Nicht Rechts oder Links vom Pferd fallen!

Bin ich mir bewusst, dass man „rechts und links“ vom Pferd fallen kann und ich damit nicht Gottes Weisheit spiegle, sondern nach der Weisheit der Welt denke und in ihren Ideologien gefangen bin?

Variante A: Bin ich selbst **zu sehr „neokonservativ“** (knallharte Marktwirtschaft, kombiniert mit nationalen und bürgerlichen Interessen der Besitzstandswahrung)? Dann werden mich andere Christen im Blick auf

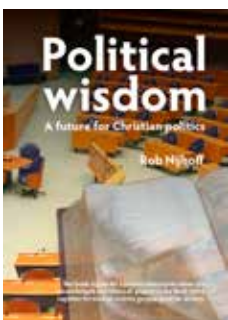
die entstehenden gesellschaftlichen sozialen Schieflagen fragen: **Wo ist Gottes Charakter?**

Variante B: Bin ich selbst **zu sehr „linksliberal“** (der Staat sollte ethische Grundfragen zu Abtreibung, Homo-Ehe usw. ins Ermessen des Einzelnen stellen)? Dann werden mich andere Christen im Blick auf die entstehenden gesellschaftlichen Tragiken fragen: **Wo sind Gottes gute Ordnungen?**

Wer weise Politik den Wählern anbieten will, kann nicht mehr klassisch in „rechts“ und „links“ denken. Bündnis C liefert als christlich-innovative Partei einerseits das, was die konservativen Parteien nicht bieten. Der CDU fehlt die Wahrheit, dass die Schöpfung ohne die Grundregeln des Schöpfers nicht mehr funktionieren kann. Die AfD lässt nicht nur die Liebe vermissen, sondern sie benutzt Hass, Wut und nationale Habgier als Antriebskräfte. Biblische Weisheit agiert stattdessen mit Wahrheit und Liebe in der Politik.

Andererseits muss christliche Politik auch ökologisch und sozial sein. Denn am Umgang mit den Schwächsten der Gesellschaft erkennt man, wes Geistes Kind wir sind. Linkes, marxistisches Denken beruht dabei auf Feindschaft zwischen den Klassen und produziert Verteilungskämpfe. Biblische Weisheit benennt das Unrecht, stiftet Beziehung zwischen Arm und Reich und sorgt für einen Ausgleich. Dafür entwickelt Bündnis C mit dem Beziehungsdenken des Relationismus innovative politische Lösungsansätze jenseits von Rechts und Links.

Einen Vortag von Andreas Wolff zum selben Thema finden Sie unter [video.buendnis-c.de](https://www.buendnis-c.de/video).



Die englische Sallux-Publikation zum Thema kann in der Bundesgeschäftsstelle gegen eine Spende bestellt werden.

Rob Nijhoff, Political Wisdom. A future for Christian politics (Sallux Publishing, 2017)

Andreas
Wolff

Stellvertretender
Bundesvorsitzender,
Landesvorsitzender
Rheinland-Pfalz



Ein neuer Aufbruch für Europa – Eine neue Dynamik für Deutschland – Ein neuer Zusammenhalt für unser Land?

Zum Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD

„Unsere Ausgangslage ist gut. Die Wirtschaft boomt, noch nie waren so viele Menschen in Arbeit und Beschäftigung. Das ist auch Ergebnis der Regierungszusammenarbeit von CDU, CSU und SPD. Unsere heutige wirtschaftliche Stärke eröffnet die Chance, Gerechtigkeit langfristig zu sichern. Unser Ziel ist ein nachhaltiges und inklusives Wachstum, dessen Erträge allen zugutekommen.“¹

Damit beginnt die Präambel des Koalitionsvertrages der Regierungsparteien und verspricht in der Folge, dass Wohlstand und Gerechtigkeit noch besser werden als bisher. CDU, CSU und SPD haben sich darin auf eine verschärfte Gangart der bisherigen Politik geeinigt. Ein einfach „weiter so“ ist jedoch keine neue Dynamik, wird das Land nicht zusammenhalten und verbietet sich im Blick auf die nächste Generation. Der Kurs der alten und neuen Regierungskoalition für Deutschland und Europa ist hochgradig krisengefährdet.

Eine Vergleichsanalyse von einigen Kernpunkten des Koalitionsvertrages von CDU, CSU und SPD mit den Politikansätzen von Bündnis C.

1. Familienpolitik

Die zur Familienpolitik getroffene Einleitung, dass Familien unsere Gesellschaft zusammenhalten (Z 688), wird wie bisher durch eine Familienpolitik als Dienstleister der Wirtschaftspolitik konterkariert. Familien sollen mittels eines Rechts auf befristete Teilzeit (Z 2392) in ihrem Anliegen unterstützt werden, mehr Zeit füreinander zu haben. Einer minimalen Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderzuschlages stehen ansonsten Anreize zur Steigerung von Erwerbsarbeit der Eltern gegenüber, mehr Frauen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik als Querschnittsaufgabe und „ein besonderes Augenmerk auf Unternehmen ohne Frauen in Führungspositionen“ (Z 949) mittels gesetzlicher Vorgaben und Sanktionen für Unternehmen. Mobilität wird als zentrale Grundlage für individuelle

Freiheit und gesellschaftlichen Wohlstand, für wirtschaftliches Wachstum und für Arbeitsplätze favorisiert (Z 3370f), ungeachtet ihrer zerstörerischen Wirkung auf den Zusammenhalt der Familien.

Dafür wird weiter in den Ausbau der Kinderbetreuung investiert, die Entlastung von Eltern bei den Gebühren bis hin zur Gebührenfreiheit verfolgt und ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter eingeführt. Kernpunkt bleibt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, nicht die Stärkung von Familien und der elterlichen Erziehungsverantwortung (Z 314ff).

Mit dem einseitigen Fokus auf Wirtschaftswachstum heute wurde die nachhaltige Sicherung des wirtschaftlichen Standards und Wohlstands durch die nächste Generation bereits grundständig gefährdet. Es wurden nicht nur zu wenige Kinder geboren, sondern diese mit defizitären Bindungserfahrungen erzogen durch zu frühe Fremd- und Kollektivbetreuung. Ein zu früher Fokus auf Bildung statt Bindung wird die Zahl der Jugendlichen und jungen Erwachsenen weiter anwachsen lassen, die nicht oder nur bedingt ausbildungs- oder studierfähig sind.

Ein Umsteuern in der Familienpolitik ist überfällig, damit Familien in ihrem Zusammenhalt und ihrem natürlichen Erziehungsauftrag gestärkt werden. Dafür bedarf es der Rückübertragung der Erziehungsverantwortung an die Eltern und eines Erziehungsgehaltes, das sie befähigt, ihre Sozialverantwortung wahrzunehmen. Die Erziehung der Kinder, Versorgung der alten Eltern und Hilfe für in Notlagen geratene Angehörige sind die natürlichen Kompetenzen von Familiensystemen.

Kinderrechte will die Koalition im Grundgesetz verankern (Z 323) und hebt damit die Erziehungsverantwortung der Eltern absehbar zusätzlich aus. Die Grundrechte im Grundgesetz gelten für Kinder wie für alle Menschen. Die in Artikel 6 GG verankerte natürliche Entscheidungsbefugnis von Eltern für ihre Kinder wird mit zusätzlichen Kinderrechten in Frage gestellt. Und das Zugriffsrecht des Staates auf die Kinder wird damit dem grundgesetzlich festgeschriebenen, natürlichen Erziehungsrecht der Eltern gleichgestellt. Wenn

¹ Ein neuer Aufbruch für Europa. Eine neue Dynamik für Deutschland. Ein neuer Zusammenhalt für unser Land. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, Berlin, 7. Februar 2018, S. 4 (Z 11-15).

Kinderrechte dem elterlichen Erziehungsrecht gegenübergestellt werden, ebnet das zusammen mit der angestrebten Gebührenfreiheit u. a. auch der Kita-Pflicht gegen den Willen der Eltern den Weg.

Eltern haben ein natürliches Interesse, die Rechte ihrer Kinder zu schützen und zu verteidigen und müssen nach dem Subsidiaritätsprinzip mit diesem Recht vor dem Staat autorisiert bleiben. Die staatliche Gewalt wacht bereits jetzt nach Artikel 6 GG über die Betätigung der Eltern und greift bei deren Versagen ein.

2. Sozialpolitik

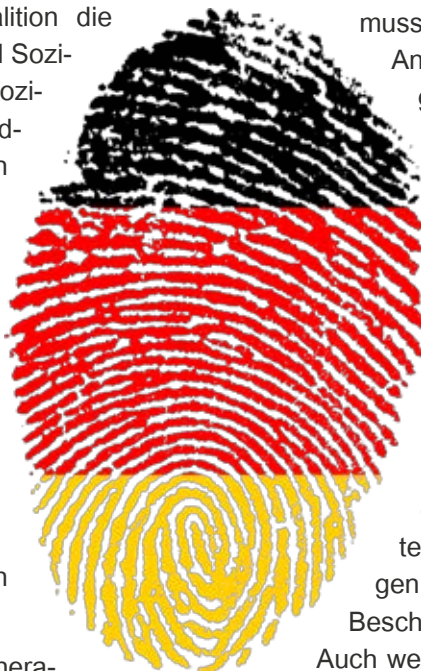
In dem Maße, wie die Regierungskoalition die Familien weiter von ihrer Erziehungs- und Sozialverantwortung entbinden will, soll der Sozialstaat weiter ausgebaut werden. Grundrente, die Absicherung der gesetzlichen Rente auf heutigem Niveau von 48% bis zum Jahr 2025 bei einem Beitragssatz von 20%, Parität bei den Beiträgen zur Gesetzlichen Krankenversicherung und 8000 neue Fachkraftstellen sind Eckpunkte des Programms. Auf das Einkommen der Kinder von pflegebedürftigen Eltern soll künftig erst ab einem Einkommen in Höhe von 100 000 Euro im Jahr zurückgegriffen werden (Z 484-506). Dennoch sollen die Sozialabgaben unter 40% stabilisiert werden.

Für den nicht mehr funktionierenden Generationenvertrag, Pflegenotstand, überfüllte Kinder-einrichtungen in den Städten und ausufernde Kosten im Gesundheitssystem enthalten die Sonderungsergebnisse kosmetische Maßnahmen. An keiner Stelle wird das Sozialsystem an sich in Frage gestellt und ob „Vater Staat“ weiter die Versorgerrolle für den Einzelnen anstelle der Familie übernehmen kann. Mit der Kollektivierung der Sozialverantwortung wurde die Eigenverantwortung des Einzelnen zunehmend durch Anspruchsdenken verdrängt. Die anonymen staatlichen Verteilungssysteme können jedoch den individuellen Bedarfen nicht gerecht werden und haben einen andauernden Ruf nach sozialer Gerechtigkeit generiert, den das System nicht erfüllen kann.

Die auf diese Weise überfrachteten Sozialsysteme können absehbar nur noch mit hohen steuerlichen

Belastungen und Sozialabgaben der Wirtschaft am Leben erhalten werden, solange die Wirtschaft boomt. Gefragt ist eine vorausschauende Politik, die das Leben der nächsten Generation im Blick hat. Die mittlere Generation hat nicht nur zu wenige Kinder geboren und großgezogen, sondern überfrachtet diese dezimierte Generation zudem mit Rentenansprüchen, die diese immer weniger erfüllen kann. Die westlichen Gesellschaften ernten hier die Früchte eines einseitigen Individualismus, der Selbstverwirklichung, Erfolg und Effizienz des Einzelnen auf Kosten des Gemeinwohls und zukünftiger Generationen überzogen hat.

Ein „Verlässlicher Generationenvertrag“ (Z 4254) muss nicht erst für die Zeit nach 2025 das Anspruchsdenken des Einzelnen grundlegend in Frage stellen und eine Balance zwischen individuellem Recht und Gemeinwohl auch für die nächste Generation herstellen.



3. Wirtschaft

Mit den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft von Wettbewerb, Unternehmerverantwortung, Sozialpartnerschaft, Mitbestimmung und gerechter Verteilung des erwirtschafteten Wohlstands sollen die Voraussetzungen für weiteres Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung geschaffen werden (Z 2473ff).

Auch wenn von einer Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft die Rede ist (Z 147), wurde daraus in den letzten Jahrzehnten eine scheinsoziale Staatswirtschaft mit staatlichem Umverteilungsprogramm gemacht. Die Regulierungsmaßnahmen des Staates haben weder die zunehmende Konzentration wirtschaftlicher Macht noch die Steuerflucht von Konzernen verhindert, aber den Mittelstand immer mehr belastet, der in entscheidendem Maße die Wertschöpfung der Gesellschaft erbringt. Die vom Koalitionsvertrag in Aussicht gestellte weitere Umverteilung der erwirtschafteten Mittel durch den Staat setzt diesen Trend fort und belastet Unternehmen (und öffentliche Haushalte) wiederum mit höheren Kosten.

Angesichts der aktuellen Konjunktur mag die deutsche Wirtschaft diese Belastungen verkraften. Längerfristig wird diese Umverteilung an ihre Grenzen stoßen, wenn

die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft erhalten werden soll, die die Voraussetzung für die Finanzierung des Sozialstaates ist. Wenn die Sozialabgaben unter 40% bleiben sollen, müssen die gleichzeitig vorgesehenen Ausgaben der Sozial- und Rentenpolitik absehbar zurückgeschraubt werden.

An keinem Punkt wird die Frage gestellt, ob und unter welchen Bedingungen Wachstum der Wirtschaft nicht nur materiellen Wohlstand, sondern Wohlergehen der Menschen und Gemeinwohl hervorbringt. Auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos im Januar 2018 wurde ein wachsender Widerspruch zwischen ökonomischen Erfolgen und gesellschaftlichem Nutzen in der westlichen Welt festgestellt und die Frage gestellt, was das ganze Wachstum bringt.

Zunehmender Wohlstand allein macht das Leben vieler Menschen nicht besser. Der von Bündnis C und der European Christian Political Movement (ECPM) entwickelte Ansatz eines beziehungsorientierten Wirtschaftsplanes zielt auf eine Balance von guten Beziehungen aller Beteiligten in einem Wirtschaftsmodell, das den Menschen nicht nur als Humankapital sieht, sondern dem Einzelnen, Familien und dem Gemeinwohl dient.

Dieser Wirtschaftsplan stellt in seinem Ansatz auch das auf Schuldenfinanzierung basierende Wirtschafts- und Finanzsystem in Frage. Eine auf Schulden aufgebaute Gesellschaft tendiert zu Anonymität und sozialer Entfremdung und ist inflationsgefährdet, verbunden mit zufälliger und ungerechter Umverteilung des Wohlstandes. Die Wirtschaftspolitik darf deshalb keine weiteren Anreize oder Steuervorteile für Fremdfinanzierung von Unternehmen geben.

4. Finanzen

Die Verschuldung der Staatshaushalte Europas hat mit der Wirtschafts- und Finanzkrise einen historischen Höchststand erreicht, den es vorher nur in Kriegszeiten gab. In Friedenszeiten wurden Schulden getilgt und in Konjunkturzeiten Rücklagen gebildet.

Union und SPD wollen hingegen die finanziellen Spielräume, die aufgrund der guten wirtschaftlichen Lage bestehen, für politische Gestaltung nutzen. Lediglich über das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts ohne neue Schulden besteht Einigkeit (Z 3041).

Die gesamtstaatliche Schuldenstandsquote beträgt in Deutschland über 60% des Bruttoinlandsprodukts (Z 3044). Diese angehäuften Schuldenlast ist von den nächsten Generationen weder zu bewältigen, noch werden diese auf Rücklagen oder auch nur ausgewogene Finanzierungsmodelle zurückgreifen können. Auf kommunaler Ebene stemmen bereits jetzt strukturschwache Regionen selbst ihre Pflichtausgaben (u. a. Arbeitslosengeld, Hartz IV, Kitas, Schulen) teilweise nicht mehr ohne neue Kredite.

Dem Abbau der Staatsverschuldung und der Minderung des Drucks auf die öffentlichen Haushalte muss Priorität eingeräumt werden. Demgegenüber können Maßnahmen zum Klimaschutz und Energiewende als nachrangig eingestuft werden, weil deren Wirkung auf das zukünftige Klima zweifelhaft ist, die Auswirkungen der Verschuldung auf zukünftige Generationen hingegen übermächtig.

5. Rechtsstaat und Demokratie

Ein Pakt für den Rechtsstaat mit 15 000 neuen Stellen für die Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern und 2000 neuen Stellen in der Justiz soll einen handlungsfähigen Staat gewährleisten, um Wirtschaftskriminalität, Einbruchdiebstahl und organisierte Kriminalität zu bekämpfen (Z 586ff). Ein starker Staat deckt sich mit den Forderungen von Bündnis C, die Bürger vor Gewalt und Kriminalität zu schützen. Wenn beides überhandnimmt in der Gesellschaft, kann der Aufwand an Personal und Kosten für die innere Sicherheit jedoch immer weniger geleistet werden. Hier ist Realismus auf Seiten der Politik gefordert und das Menschenbild des Humanismus zu hinterfragen mit den Verwerfungen, die es vor allem im Strafrecht und -vollzug hervorgebracht hat.

Programme gegen Rechtsextremismus, Linksextremismus, Antisemitismus, Islamismus und Salafismus haben bisher ihre Protagonisten eher gestärkt, als dass sie die Spaltung der Gesellschaft durch rivalisierende Ideologien und die von ihnen beförderten Extreme überwunden haben. Wir sehen im realistischen Menschen- und Weltbild der Bibel die Leitlinien zur Überwindung der Gräben und ein tragfähiges Wertefundament für unsere Gesellschaft.

Eine „Agenda für Kultur und Zukunft“ (Z 7806), die die Kulturförderung des Bundes an Themen wie Integration,



Inklusion, Demografie, Digitalisierung, Gleichstellung, Populismus, Zukunft von Arbeit und Kommunikation bindet, konterkariert die Freiheit der Kunst und Kultur und befördert politisch korrekte Propagandakunst.

6. Migration

Neben den vorgesehenen Maßnahmen zur Steuerung der Migrationsbewegungen (Z 522ff) sollen Asylverfahren künftig umfassend in zentralen Aufnahme-, Entscheidungs- und Rückführungseinrichtungen (AnKER) abgewickelt werden, in denen BAMF, BA, Jugendämter, Justiz, Ausländerbehörden u. a. Hand in Hand arbeiten (Z 5011ff). In einem Rechtsstaat mit Gewaltenteilung hat nicht nur die Justiz unabhängig zu bleiben. Wenn in zentralen Einrichtungen der Schutz gefährdet, vor allem christlicher Minderheiten nicht gewährleistet wird, muss deren dezentrale Unterbringung sichergestellt werden.

Daneben wird weiter vor allem über Integration in die Gesellschaft bei dauerhafter Bleibeperspektive (Z 4970) gesprochen, ohne diese Bleibeperspektive dahingehend zu spezifizieren, dass jeder Flüchtlingsstatus (nicht nur subsidiärer Schutz) nach geltendem Asylrecht begrenzt ist, so lange die Gefahr im eigenen Land besteht. Nötig ist eine Integration, die mit einer umfassenden beruflichen und freiheitsrechtlichen Bildung der Vorbereitung der Flüchtlinge für die Rückkehr in ihr Heimatland dient, um dort Frieden, bessere Lebensbedingungen und Rechtsstaatlichkeit zu befördern. Diese Kombination dient am nachhaltigsten der Bekämpfung von Fluchtursachen.

Ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz darf sich nicht allein an den volkswirtschaftlichen Interessen Deutschlands (Z 552) orientieren und dafür qualifizierte Arbeitskräfte aus wirtschaftlich schwächeren Ländern ins Land ziehen. Deutschland kann bestenfalls junge Menschen aus Ländern mit wenig Berufschancen in Ausbildung und Studium bringen und damit zu Fachkräften machen.

Europäische Beschlüsse zur Verteilung von Flüchtlingen (Z 4875) hebeln die Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten für Migration aus. Die EU ist gefordert, die nationalen Toleranzgrenzen für Migration zu akzeptieren. Eine Zwangssolidarisierung der EU-Staaten für die Aufnahme von Flüchtlingen muss scheitern.

7. Europapolitik

Niemand kann die Abhängigkeit der Nationen Europas voneinander leugnen, die über die letzten 70 Jahre gewachsen sind, und das Eingebunden-Sein Deutschlands in die zahlreichen Verflechtungen Europas und der EU. Deshalb muss die Frage lauten, wie nach dem Brexit die notwendige Erneuerung der EU und ein neuer Aufbruch für Europa (Z 120) aussehen kann. Der Koalitionsvertrag enthält zahlreiche Absichtserklärungen zur Stärkung der europäischen Integration (Z 127), die die Kompetenzen der Mitgliedsstaaten absehbar weiter zerstören:

Ein Rahmen der EU für Mindestlohnregelungen und für nationale Grundsicherungssysteme in den EU-Staaten (Z 171) kann soziale Ungleichheiten in wirtschaftlich schwächeren Ländern nicht ausgleichen. Ein höherer EU-Haushalt für wirtschaftliche Stabilisierung, soziale Konvergenz und einen künftigen Investivhaushalt für die Eurozone (Z 232ff) bewirkt eine weitere Umverteilung innerhalb der EU, die die Nationalstaaten immer weniger bereit sind mitzutragen, wie der Brexit zeigt, und die die spezifischen Gegebenheiten in schwächeren Ländern nicht reformiert. Nicht nur lokale Herausforderungen können nur lokal gelöst werden (Z 198). Auch für die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik der EU-Staaten muss das Prinzip der Subsidiarität gestärkt werden, um einer weiteren Zentralisierung und Anonymisierung der Systeme entgegenzuwirken und verantwortliche Beziehungen von der Ebene der Familie und Kommunen über Institutionen bis hin zu den Nationalregierungen und der EU wiederzubeleben. Ohne grundständige Reformen werden die Kosten allein für die Sozial- und Gesundheitssysteme bis 2050 in den EU-Staaten im Durchschnitt auf geschätzte 60% des Bruttoinlandsprodukts steigen.

Der Kern des Konzepts von Bündnis C eines Konföderalen Europa ist, dass eine starke Einheit Europas nur mit starken Nationen möglich ist. Wie in einer Familie, wo man die Stärken und Besonderheiten der Mitglieder

nicht ignoriert, sondern sie fördert und einbringt zum gegenseitigen Nutzen und zur Erbauung des gemeinsamen Hauses.

Das Prinzip der wechselseitigen Solidarität (Z 254) kann Europa einen und stark machen, wenn diese Solidarität wieder aus der christlichen Definition heraus verstanden und gelebt wird: Solidarität entsteht in einer willentlichen Beziehung der Beteiligten, im freiwilligen Verzicht auf eigene Ansprüche zugunsten anderer Beteiligter und der Gemeinschaft und dadurch gelebter Sorge füreinander. Solidarität wird zerstört durch von der EU erzwungene politische Einheit, durch finanzpolitische Vereinheitlichung und durch Zwangssolidarisierung der Sozialsysteme und der Nationalstaaten. Die angestrebte Einheit der EU wird dadurch nicht gefestigt, sondern gesprengt und man riskiert weitere Austritte.

Kern der europäischen Vision ist nach dem Koalitionsvertrag, „dass die EU ihre gemeinsame politische und wirtschaftliche Kraft nutzt, um Frieden nach außen und Sicherheit und Wohlstand nach innen zu schaffen.“ (Z 89f). Die grundlegende Frage muss im Blick auf Europa lauten: Was sind tragfähige Werte der EU außer Wohlstand und Sicherheit, die sie nach innen einen könnten? Und was sind die gemeinsamen Interessen, die sie nach außen durchsetzen will oder soll? Die Antworten darauf dürften mittlerweile höchst unterschiedlich ausfallen und können deshalb weder vorausgesetzt werden, noch liefern sie die nötige gemeinsame Basis für die EU. Es ist das Gebot der Stunde, diese Werte und Interessen neu zu definieren, woraus und wofür Europa leben will. Frieden, Freiheit und Wohlstand können auch in Zukunft nur Frucht davon sein.



Karin Heepen

Bundesvorsitzende
Bündnis C

Wir suchen zur Mitte dieses Jahres eine/n

Leiter/in der Bundesgeschäftsstelle von Bündnis C

Ihr Aufgabenspektrum:

- Mitgliederverwaltung
- Buchhaltung und Rechnungsbearbeitung
- Schriftverkehr
- Lagerverwaltung und Materialversand
- Administrative Unterstützung der Landesvorstände
- Organisation der Bundesparteitage
- Administrative Vorbereitung von Wahlen

Ihr Profil:

- Abgeschlossene Ausbildung als Bürokauffrau/-mann oder mehrjährige Erfahrung in Büroleitung oder selbständiger Verwaltungstätigkeit
- Sicheres Arbeiten mit MS Office (Excel, Word, Powerpoint, Access von Vorteil)
- Kommunikative Kompetenz
- Selbständigkeit, Struktur und Flexibilität
- Mitgliedschaft in Bündnis C
- Führerschein Klasse B

Wir bieten:

- Eine abwechslungsreiche Tätigkeit mit flexiblen Arbeitszeiten und der Möglichkeit für Homeoffice
- Eigenverantwortliches Arbeiten in Kommunikation mit ehrenamtlichen Mitarbeitern, Mitgliedern und Interessenten der Partei
- Einen Arbeitsvertrag mit flexibler Teilzeit
- Dienstbeginn und -ort nach Vereinbarung
- Eine umfassende Einarbeitung

Haben wir Ihr Interesse geweckt? Dann senden Sie Ihre aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen bitte per E-Mail oder Post an unsere Bundesgeschäftsstelle, Postfach 410810, 76208 Karlsruhe bzw. an info@buendnis-c.de.

Wir benötigen Ihre Ausbildungsnachweise, Lebenslauf und Zeugnisse.



Formular zum Anfordern von ...

Schneiden Sie diese Seite aus und geben Sie sie auch an Freunde weiter!

Ich habe von Bündnis C gehört und möchte mehr erfahren, bitte senden Sie mir Folgendes zu:

O Das Kennenlern-Infopaket (Aktuelle Faltblätter und die Grundsätze sowie die aktuelle Ausgabe des Magazins EINDRUCK)

O Ich brauche ____ Stück von den Handzetteln

O Ich brauche ____ Stück von den Treppenfalz-Faltblättern

O Ich brauche ____ Stück vom aktuellen EINDRUCK-Magazin zum Auslegen bei _____ bzw. für das Verteilen im Bekanntenkreis.

O Ich brauche ____ Stück von den Grundsätzen und Eckpunkten.

Mein Anschrift, unter der ich postalisch erreichbar bin:

Anrede: _____

Name: _____

Vorname: _____

Straße und Hausnummer, evtl. Adresszusatz:

PLZ und Ort: _____

Telefonnummer oder E-Mail-Adresse für Rückfragen:

Bitte postalisch senden oder per Handyfoto mailen an:

Bündnis C - Christen für Deutschland

Bundesgeschäftsstelle

Postfach 410810, 76208 Karlsruhe

E-Mail: info@buendnis-c.de

Dafür stehen wir ...
Als bibelorientierte Christen sind wir nicht den politischen Machtverhältnissen verpflichtet, sondern Gottes gutem Willen für diese Welt. Wir bieten zukunftsfähige Politik mit gutem Gewissen!

Eckpunkte und Grundsätze der Wahlprogramme:

Freiheit, Recht und Ethik fördern
Für eine Kultur der Freiheit durch Recht und gute Argumente
Keine ungeschriebenen Gesetze durch „politische Korrektheit“
Grenzen im Zusammenleben achten: keine ethische Verschiebung

Leben schützen und aufwerten
Abtreibungen und Suiziden vorbeugen und sie verhindern
Schwache schützen, Behinderte integrieren
Alten in Würde statt Pflegeheim-Chaos und Sterbehilfe

Zukunftsmodell Familie statt Gender-Ideologie
Ehe und Familie statt konstruierter sexueller Identitäten
Gleichberechtigung statt Gleichmacherei der Geschlechter
Verantwortung der Generationen füreinander stärken

Erziehung, Bildung und Chancengleichheit
Erziehung der Kinder durch die eigenen Eltern unterstützen
Echter Wettbewerb der Betreuungs- und Bildungskonzepte
Forschung und Lehre von ideologischen Bindungen befreien

Marktwirtschaft: effektiv, dezentral, sozial
Abbau von Bürokratie und Anreize zu Eigenverantwortung
Einführung eines wesentlich einfacheren Steuersystems
Bedingtes Grund- und Erziehungsgehalt statt Einzelleistungen

Schöpfung, Umwelt und Natur bewahren
Angerechte Tierhaltung und lebensnahe Landwirtschaft
Seltene Pflanzen und Tiere vor dem Aussterben bewahren
Umweltpolitik: effektiv statt ideologisch oder lobbyorientiert

Außenpolitik, Islam und Israel
Souveränität und Freiheit von Nationen und Volkgruppen
Flüchtlinge sind willkommen, keine Islamisierung zulassen
Besondere Verantwortung Deutschlands: zu Israel stehen

bündnis C
Bündnis C - Christen für Deutschland - AUF & PBC
Bundesgeschäftsstelle
Postfach 410810
76208 Karlsruhe
E-Mail: info@buendnis-c.de

www.buendnis-c.de

*Kürzer geht es kaum:
Unser Mini-Handzettel
liefert einen Schnellüber-
blick über das Positions-
spektrum von Bündnis C.*

bündnis C
Christen für Deutschland

Warum Bündnis C wählen?
www.buendnis-c.de

Schick, kurz und bündig: Unser Treppenfalz-Faltblatt
„Warum Bündnis C wählen?“

bündnis C
Christen für Deutschland

Grundsätze und Eckpunkte
für eine Politik nach christlichen Werten

*Anspruchsvoll: Unsere
„Grundsätze und Eckpunkte für
eine Politik nach christlichen Werten“*

Schlusswort

Vielen Dank für Ihre Spenden und Mitgliedsbeiträge!



Lassen Sie uns zum Schluss noch über Finanzen reden. „Was?“, werden Sie verwundert fragen, „Eben erst wurden doch die Beiträge eingezogen!“ Das stimmt. Und wir sind Ihnen sehr dankbar dafür, dass das bei den allermeisten von Ihnen so problemlos geht. Und ich möchte hier heute einmal nicht daran erinnern, dass fast alle Mitstreiter dieser Partei ihre Arbeit ehrenamtlich tun. Zum Teil auch die Fahrt- und Hotelkosten selbst bestreiten.

Aber bedenken Sie folgendes: Wie viel mehr könnte noch getan werden? Immerhin befinden wir uns als „kleine“ Partei von Beginn an im Wettstreit mit allen anderen Parteien. Ob wir wollen oder nicht. Und gerade alles, was mit dem äußeren Erscheinungsbild zusammenhängt, ist sehr aufwendig und teuer: Diese Eindruck-Hefte zum Beispiel. Oder der Internet-Auftritt, die Facebook-Seite, die Flyer, Werbemittel, Plakate, Infostände. Und jeder, bewusst oder unbewusst, vergleicht diese Dinge mit dem Erscheinungsbild anderer Parteien. Wen interessiert da noch das Auftreten der Grünen zum Beispiel drei Jahre nach ihrer Gründung. Jetzt gilt: Je professioneller der Auftritt, desto teurer die Voraussetzungen. Die Software zum Beispiel, die Druckkosten, das Porto (vor dreißig Jahren kostete ein Brief übrigens noch 55 Pfennig...) oder die gelegentlich doch notwendigen dazu zu holenden Experten. Auch in den Geschäftsstellen: Lösungen für rationelleres Arbeiten kosten zunächst Geld bevor man etwas einsparen kann.

Hinzu kommt natürlich der eigentliche Zweck unserer Arbeit, nämlich die anstehenden Wahlen bestmöglich und breitenwirksam vorzubereiten: die Wahlpro-

gramme zu erarbeiten, gute Wahlwerbemittel herzustellen und die Kandidaten zu unterstützen.

Darum: Herzlichen Dank für alle Ihre Beiträge. Und für alles, was Sie zusätzlich geben. Unser Mitgliedsbeitrag ist deutlich niedriger als in anderen Parteien. Deshalb sind wir existentiell auf zusätzliche Spenden angewiesen, um unsere Arbeit als Partei überhaupt tun zu können.

Und bevor ich es vergesse: Natürlich gibt es dafür auch Anfang des kommenden Jahres wieder unaufgefordert eine Spendenbescheinigung. Denken Sie daran, dass Sie bei Parteispenden als Single von bis zu 1 650 € und als Verheiratete von bis zu 3 300 € 50 Prozent vom Finanzamt bei der nächsten Steuererklärung zurückerhalten. Darüber hinaus können Spenden, die diesen Betrag übersteigen, im Rahmen von Sonderausgaben geltend gemacht werden. Auch kleine Summen helfen, unsere politische Arbeit in die Tat umzusetzen.

Herzlichen Dank dafür!



Hartmut Voß

Landesvorsitzender
Sachsen



bündnis
Christen für Deutschland



eindruck-magazin.buendnis-c.de

IMPRESSUM

EINDRUCK - das Magazin zur Politik von Bündnis C - Nr. 8 - 2018/1

V.i.S.d.P.: Karin Heepen, Redaktion: Andreas Wolff, Karin Heepen
Layout: Katrin Müller, Müller Artwork Böblingen

Anfragen zum Magazin und Leserbriefe bitte an: eindruck@buendnis-c.de

Die Urheber- bzw. Nutzungsrechte der Texte, Bilder und Grafiken liegen (sofern nicht anders angegeben) bei den abgebildeten Personen oder Bündnis C. Abbildungen auf den Seiten 1, 20, 22, 25, 27, 30 sind von pixabay.com.

Unveränderte Vervielfältigung einzelner Beiträge für nicht-kommerzielle Zwecke wird in der Regel erlaubt, wenn Sie Bündnis C, die Heftnummer (und bei Namensbeiträgen den Autor) als Quelle nennen und uns über eine Veröffentlichung vorab informieren, die jeweiligen Nutzungsrechte korrekt behandeln und uns nachträglich einen Publikationsbeleg zusenden.

bündnis C

Bündnis C - Christen für Deutschland

Bundesgeschäftsstelle

Postfach 410810, 76208 Karlsruhe

Telefon: 0721-495596

E-Mail: info@buendnis-c.de

Internet: www.buendnis-c.de



Kontoverbindung: Partei Bündnis C, IBAN: DE60 6605 0101 0108 2325 62, BIC: KARSDE66XXX